

3,90 €

Zum Stand der Politischen Bildung in Salzburg

Erstellt von Dagmar Baumgartner, Markus Pausch
und Stefan Wally

In der Reihe der
JBZ-Arbeitspapiere

Die AutorInnen: Dagmar Baumgartner ist Kommunikationswissenschaftlerin, Moderatorin und Prozessbegleiterin. Markus Pausch ist Politikwissenschaftler an der FH Salzburg, Abteilung Soziale Arbeit/Soziale Innovation. Stefan Wally ist Politikwissenschaftler und Universitätslektor. Die Arbeitspapiere werden von der Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen (JBZ) herausgegeben. Ansprechpartner für das Projekt ist Mag. Stefan Wally MAS. Die Inhalte der Arbeitspapiere geben nicht notwendigerweise die Meinung der Robert-Jungk-Bibliothek wieder, sie sollen Diskussionen anregen. Der Druck des Arbeitspapiers wurde ermöglicht vom Land Salzburg – Referat Wissenschaft, Erwachsenenbildung, Bildungsförderung. Salzburg: JBZ-Verlag, 2017. ISBN 978-3-902876-33-1

Bisherige Arbeitspapiere:

- Nr. 1/ David Röhler / Government 2.0
- Nr. 2/ Minas Dimitriou / Sport zwischen Inklusion und Exklusion
- Nr. 3/ Nimet Ünal / Migration und schulischer Erfolg
- Nr. 4/ Georg Gruber / Zukunftsvorstellungen junger AsylwerberInnen
- Nr. 5/ Achim Eberspächer / Jungk: Zukunftsforscher u. Anführungszeichen
- Nr. 6/ Silvia Augeneder / Kommerzialisierung menschlicher Körperteile
- Nr. 7/ Bärbel Maureder / Der Salzburger IT Arbeitsmarkt
- Nr. 8/ Barbara Eder / Freiwilligentätigkeit in Österreich
- Nr. 9/ Silvia Augeneder et al / Diese Entwicklungen werden Salzburg bis 2030 prägen
- Nr. 10/ Reinhard Hoffbauer / Lebensqualität als alternative Zielformel
- Nr. 11/ Sandra Filzmoser / Wohlbefinden und Engagement
- Nr. 12/ Edgar Göll / Governance-Modelle der Zukunft
- Nr. 13/ Martin Reindl / Die Patientenverfügung
- Nr. 14/ Iwan Pasuchin / Mediengestaltung als demokratische Erfahrung
- Nr. 15/ Katharina Gammer / Robert Jungk, die frühen Jahre
- Nr. 16/ Andreas Pfützner / Robert Jungks Leben in Salzburg
- Nr. 17/ Luisa Pichler / Robert Jungk und die Anti-Atomkraft-Bewegung
- Nr. 18/ Christian Schwendinger / Zukunftswerkstätten
- Nr. 19/ Michael Vereno u. Blake Giragos / Rezeption Robert Jungks in den USA
- Nr. 20/ Ernestine Depner-Berger u. Stefan Wally / Abschied von politischer Teilhabe
- Nr. 21/ Erich Mild / Energiepolitische Ziele Salzburg
- Nr. 22/ Helga Embacher / Robert Jungks Judentum
- Nr. 23/ Ulrike Kammerhofer / Regionale Identität
- Nr. 24/ Peter Emberger / Zur Rezeption von Robert Jungk in Österreich
- Nr. 25/ Robert Jungk / Zitatesammlung
- Nr. 26/ Silvia Augeneder et al / Salzburg morgen
- Nr. 27/ Elmar Altvater / Was uns Robert Jungk auf den Weg geben kann
- Nr. 28/ Wiebke Claussen et al / Die Kunst der Partizipation
- Nr. 29/ Erich Mild et al / Salzburg morgen. Update 2014
- Nr. 30/ Christian Resch / Immobilienerbe und Lebensqualität
- Nr. 31/ Thomas Lehner / Welche Kriterien entscheiden über die Chancen der Kinder
- Nr. 32/ Fabian Habersack / Zur Bedeutung nationaler Identität in Salzburg
- Nr. 33/ Att Lanz / Wie autoritär denkt Salzburg?
- Nr. 34/ Ewald Hiebl, Stefan Wally / Das Zukunftsdenken bei Robert Jungk und Leopold Kohr
- Nr. 35/ Andreas Weiss / Der unliebsame Gesprächspartner
- Nr. 36/ Minas Dimitriou/ Wir und unser Körper
- Nr. 37/ Birgit Bathic-Kunrath; Hans Holzinger; Stefan Wally (Hg.) / Zukunft Migration
- Nr. 38/ Dagmar Baumgartner; Hans Holzinger / Flüchtlinge im Dialog.
- Nr. 39/ Marietta Oberrauch, Stefan Wally / Salzburg Zukunftsmilieus

www.jungk-bibliothek.org/arbeitspapiere

Inhaltsverzeichnis

1. Politische Bildung	5
2. Politische Bildung in Salzburg	10
2.1. <i>Politische Bildung in Salzburgs Schulen</i>	10
2.2. <i>Politische Bildung im tertiären Bildungsbereich</i>	16
2.3. <i>Politische Bildung in der Erwachsenenbildung</i>	18
2.4. <i>Politische Bildung in der Jugendarbeit</i>	32
2.5. <i>Politische Bildung in der Frauenarbeit</i>	42
2.6. <i>Politische Bildungsarbeit von Institutionen im Bereich der Integration</i>	44
2.7. <i>Politische Bildungsarbeit von Landtag und Gemeinderäten</i>	49
2.8. <i>Politische Bildungsarbeit von Kammern und Interessensvertretungen</i>	52
2.9. <i>Politische Bildungsarbeit von Einrichtungen im Kontext der Europäischen Integration</i>	54
3. Zielgruppenerreichung	56
3.1. <i>Altersgruppen</i>	59
3.2. <i>Gender</i>	60
3.3. <i>Bildungskarrieren</i>	60
3.4. <i>Migrationshintergrund und Nicht-Deutsche Muttersprache</i>	62
4. Niveau der Politischen Bildung in Salzburg	65
4.1. <i>Übersicht über das Niveau der Politischen Bildung in Salzburg</i>	68
4.2. <i>Altersgruppen</i>	70
4.3. <i>Gender</i>	73
4.4. <i>Bildungskarrieren</i>	76
4.5. <i>Migrationshintergrund</i>	79
5. Relation zwischen Politischer Bildung und politischer Bildung	80
6. Literatur	83

1. Politische Bildung

„Politische Bildung“ ist ein traditionsreicher, aber auch umkämpfter Begriff. Die Schwierigkeiten einer klaren Definition beginnen mit der Frage, was denn „Politik“ einerseits, „Bildung“ andererseits und schließlich beides in Kombination überhaupt sei. Über viele Jahrzehnte hinweg verstand man „Politische Bildung“ als Institutionenlehre, in der sowohl der Politik- als auch der Bildungsbegriff eng gefasst wurden. Politik bezog sich demnach auf die politischen Institutionen, Akteure und Prozesse des Staates. Bildung wurde (weitgehend implizit) als das verstanden, was in formalisierten Abläufen an Bildungseinrichtungen, v.a. den Schulen und Universitäten, meist in monologartigen Vorträgen von ProfessorInnen oder LehrerInnen an SchülerInnen und Studierende vermittelt wurde (vgl. Detjen 2013; Hämmerle/Sandner/Sickinger 2008, 361 f.). Folgerichtig war Politische Bildung die frontale Vermittlung von Institutionen-Kunde in schulartigen Settings. Dieses Verständnis hat sich überholt. Politische Bildung wird entsprechend neuerer Definitionstrends von dieser Starrheit und Enge befreit. Nicht zuletzt deshalb ist heute immer öfter von Demokratiebildung die Rede. Diese beinhaltet sowohl einen breiteren Politikbegriff als auch ein breiteres Verständnis von Bildung. Politik wird hier häufig nicht mehr auf die Staats-Angelegenheiten beschränkt, sondern auf soziale Interaktionen in verschiedenen Zusammenhängen bezogen. BürgerInnen werden nicht als ZuseherInnen der Politik begriffen, die in Vier- oder Fünfjahresabständen ihre Abgeordneten oder PräsidentInnen wählen, sondern als stete MitgestalterInnen der Gesellschaft und der Demokratie, die es mit wichtigen Kompetenzen zur Selbstbestimmung und Partizipation auszustatten gilt (vgl. Krammer 2008). Und Bildung findet demnach nicht mehr nur in Schulen und Universitäten statt, sondern in allen möglichen sozialen Settings. Mit dieser Begriffs-Entwicklung ändern sich die Ziele und Methoden der Politischen Bildung. Hinzu kommt, dass ExpertInnen aus Pädagogik, Politikwissenschaft und anderen Disziplinen seit einigen Jahrzehnten das Feld theoretisch und analytisch bearbeiten. So hat sich zumindest in Österreich ein Kompetenzmodell entwickelt, das von Reinhard Krammer (2008) stammt und das die Politische Bildung in folgende Aspekte unterteilt:

Politische Urteilskompetenz

Darunter werden Fähigkeiten, Fertigkeiten und Bereitschaften verstanden, die es ermöglichen, selbstständig Urteile zu treffen und fremde Urteile kritisch zu hinterfragen. Teilkompetenzen davon sind u.a. die Qualitätsprüfung der Urteile, das Hinterfragen von Interessen, das Miteinbeziehen von Folgen und Auswirkungen der Urteile.

Politische Handlungskompetenz

Darunter werden Fähigkeiten, Fertigkeiten und Bereitschaften verstanden, die es ermöglichen, politische Konflikte auszutragen und eine eigene politische Position zu artikulieren, aber auch politische Positionen anderer zu verstehen und aufzugreifen, sowie an der Lösung von gesellschaftlichen Problemen mitzuwirken. Krammer nennt Kompromissbereitschaft, Toleranz, Akzeptanz, Konfliktfähigkeit, Kontaktaufnahme mit Institutionen und Personen der politischen Öffentlichkeit, Nutzung von Angeboten unterschiedlichster Organisationen etc. als wichtige Teilkompetenzen.

Politikbezogene Methodenkompetenz

Darunter werden Fähigkeiten, Fertigkeiten und Bereitschaften verstanden, die es ermöglichen, über jene Verfahren und Methoden zu verfügen, die dazu beitragen, fertige „Manifestationen des Politischen“ (u.a. TV-Beiträge, Reden von PolitikerInnen, Ergebnisse von Meinungsumfragen, Berichte etc.) zu verstehen und kritisch zu hinterfragen. Dazu gehört es auch, eigene Positionen aufzubauen, um die individuelle politische Beteiligung zu ermöglichen.

Politische Sachkompetenz

Darunter werden Fähigkeiten, Fertigkeiten und Bereitschaften verstanden, die es ermöglichen, Kategorien und Konzepte des Politischen zu verstehen und mit diesen argumentieren zu können.

Arbeitswissen

Die vier Kompetenzbereiche können sich nur anhand von inhaltlichen Beispielen entwickeln und benötigen daher ein Arbeitswissen als Voraus-

setzung für die Bearbeitung der gestellten Probleme.“ (Krammer 2008, 1 f.). Obwohl Krammer den Bereich des Arbeitswissens hier nur als Instrumentarium versteht, darf es nicht unterschätzt werden. Denn nur wer die Institutionen einer Demokratie, seine eigenen politischen Rechte und die Programme von politischen Parteien kennt, kann an demokratischen Prozessen kompetent teilhaben.

Das komplexe Modell der Kompetenzen unterstreicht aber, dass es nicht mehr nur um die Vermittlung von Wissen über Institutionen geht, sondern um breite Lernprozesse, um Medienbildung, Empowerment, Selbstwirksamkeit, Methodenwissen und vieles andere mehr. In dieser breiten Definition spielt auch Erfahrungslernen eine große Rolle. Menschen, die in Partizipationsprozessen selbst aktiv werden, bilden sich politisch demnach vielleicht überhaupt am effizientesten (vgl. Henkenborg 2009).

Die Öffnung des Begriffs der Politischen Bildung hin zu einem Kompetenzmodell war ein wichtiger Schritt, um dem Ziel der Heranziehung mündiger BürgerInnen mit altersadäquaten Lernmethoden und einer entsprechenden Didaktik näher zu kommen. Insbesondere im Schulsystem ist dies ein Fortschritt. Gleichwohl ist die definatorische Eingrenzung der Politischen Bildung dadurch deutlich erschwert. Was dazugehört und was nicht, lässt sich heute nicht mehr trennscharf beantworten. Fast jede soziale Interaktion, jede Diskussion, der Konsum verschiedenster Medien – das alles könnte unter Umständen eine der Kompetenzen befördern und damit unter dem Begriff der Politischen Bildung subsumiert werden. Auf diese Weise wird es schwieriger, Maßnahmen, Mittel und Zielerreichung zu evaluieren. Wenn so viele Bereiche in das Kompetenzmodell der Politischen Bildung passen, wie kann man dann entscheiden, ob und wovon es mehr oder weniger braucht, wo Defizite bestehen und wie diese abzubauen sind? Woran sollte die Politik gelungene Maßnahmen von weniger erfolgreichen unterscheiden? Die Umsetzung des Kompetenzmodells stellt Lehrende der Politischen Bildung vor ebenso große Herausforderungen wie jene, die ihren Erfolg und ihre Wirkung evaluieren wollen.

Für das Schulsystem hat sich eine Kombination herauskristallisiert, die auch für andere Bereiche sinnvoll scheint. Politische Bildung findet dabei

sowohl in informellen Lernprozessen, die auf Erfahrungslernen ausgerichtet sind (v.a. im Rahmen des Unterrichtsprinzips) statt, als auch in formalen Lernprozessen im Rahmen von entsprechenden Schulfächern. Wichtig ist, dass in beiden Fällen ein Beitrag zur Politischen Bildung bzw. einer ihrer Kompetenzen intendiert ist. Wichtig ist außerdem, dass es sich um überparteiliche Bildung handelt.

Für das vorliegende Projekt ist diese Intention ein entscheidender Aspekt der Eingrenzung des Feldes. Es wird zwar anerkannt, dass Politische Bildung auch auf vielen anderen Wegen erlangt werden kann und nicht selten unintendiert und unterbewusst verläuft. Im Fokus der Analysen des hier vorgestellten Projekts steht aber die (von institutionellen Anbietern) intendierte Politische Bildung. Das schließt folgende Bereiche aus, auch wenn diese zweifellos politisch bildend wirken:

- Individuelle Sozialisations- und Bildungsprozesse (z.B. Diskussionen in der Familie oder im Freundeskreis, Medienkonsum, Mitgliedschaft in Parteien etc.)
- Individuelle Erfahrungen durch die eigene Beteiligung an politischen Prozessen
- Konkrete, direkt auf die Mitwirkung am Politischen ausgerichtete Aktivitäten (wie die Teilnahme an einem Jugendlandtag, an einer Unterschriftenaktion, als Gemeinderat oder in anderen politischen Funktionen)
- Parteipolitische Bildung (da diese nicht oder nicht nur auf den Kompetenzerwerb abzielt, sondern immer auch auf parteipolitische Inhalte)
- Bildungsaktivitäten und -angebote, die nicht ausdrücklich einer der Kompetenzen der Politischen Bildung gewidmet sind.

In diesem Projekt liegt der Fokus der Analyse also auf formalisierten Bildungsangeboten von Bildungseinrichtungen (Schulen, Universitäten, Einrichtungen der Erwachsenenbildung) oder anderen überparteilichen Anbietern (Jugendorganisationen, Kulturvereinen, Kammern, dem Bund, den Ländern, etc.), die ausdrücklich politische Strukturen, Prozesse oder Inhal-

te bzw. eine der Kompetenzen der Politischen Bildung adressieren (durch Schulfächer, Vorträge, Workshops, Exkursionen, Planspiele etc.). Vereinzelt werden in den folgenden Kapiteln zwar auch informelle Aktivitäten beschrieben, das Hauptaugenmerk liegt aber auf den formalisierten Angeboten der explizit intendierten Politischen Bildung.

2. Politische Bildung in Salzburg

2.1. Politische Bildung in Salzburgs Schulen

In keinem anderen Bereich wird Politische Bildung so flächendeckend angeboten wie im Bereich des Schulsystems. Die Tatsache der allgemeinen Schulpflicht sorgt in Kombination mit dem Unterrichtsprinzip Politische Bildung dafür, dass zumindest theoretisch jedes Kind, das eine österreichische Schule besucht, ein Mindestmaß an Politischer Bildung erfährt. Zu unterscheiden sind dabei zum einen das bereits genannte Unterrichtsprinzip und zum anderen die in Schulfächern angebotenen Lehrinhalte.

Unterrichtsprinzip

Im Jahr 1978 wurde Politische Bildung als Unterrichtsprinzip für alle Schulformen, Schulstufen und sogar Unterrichtsgegenstände eingeführt. Sie wird als eine Voraussetzung für die „individuelle Entfaltung“ und für die „Weiterentwicklung des gesellschaftlichen Ganzen“ bezeichnet, als „aktiver Beitrag zur Gestaltung der Gesellschaft und zur Verwirklichung der Demokratie“ (vgl. BMB 2015). Ausdrücklich wird sie als Notwendigkeit für das Funktionieren demokratischer Abläufe definiert und kann somit durchaus als „Demokratiebildung“ übersetzt werden. Rechtliche Grundlagen für das Unterrichtsprinzip bilden § 2 des Schulorganisationsgesetzes (SchOG) sowie internationale und europäische Richtlinien und Empfehlungen. Die Europarats-Charta zur Politischen Bildung und Menschenrechtsbildung ist dabei besonders hervorzuheben (vgl. Europarat 2010). Im Zusammenhang mit dem Grundsatzterlass von 2015 heißt es:

„Politische Bildung

* leistet einen wesentlichen Beitrag zu Bestand und Weiterentwicklung von Demokratie und Menschenrechten;

* befähigt dazu, gesellschaftliche Strukturen, Machtverhältnisse und mögliche Weiterentwicklungspotentiale zu erkennen und die dahinter stehenden Interessen und Wertvorstellungen zu prüfen sowie im Hinblick auf eigene Auffassungen zu bewerten und allenfalls zu verändern;

- * zeigt demokratische Mitbestimmungsmöglichkeiten auf allen gesellschaftlichen und politischen Ebenen auf und befähigt dazu, als Einzelperson, als Mitglied einer sozialen Gruppe und als Teil der Gesellschaft daran teilzuhaben;
- * fördert Interesse an gesellschaftlichen Fragestellungen und die Bereitschaft, am politischen Leben teilzunehmen, um die eigenen Interessen, die Anliegen anderer und die Belange des Gemeinwohls zu vertreten;
- * greift wesentliche politische Fragestellungen auf, wie z.B. die Legitimation von politischer Macht und deren Kontrolle, eine gerechte Ressourcenverteilung, den verantwortungsvollen und ressourcenschonenden Umgang mit Natur und Umwelt, die Gleichheit der politischen Rechte u.v.m.
- * ermöglicht das Erkennen, Verstehen und Bewerten verschiedener politischer Konzepte und Alternativen und führt zu einer kritischen und reflektierten Auseinandersetzung mit eigenen Wertvorstellungen und den Überzeugungen von politisch Andersdenkenden;
- * basiert auf demokratischen Prinzipien und auf Grundwerten wie Frieden, Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität; die Überwindung von Vorurteilen, Stereotypen, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus sowie von Sexismus und Homophobie ist in diesem Zusammenhang besonders anzustreben;
- * thematisiert die Rolle Österreichs in Europa und der Welt und vermittelt ein Verständnis für existentielle sowie globale Zusammenhänge und Probleme der Menschheit;
- * vermittelt, dass eine gerechte Friedensordnung und faire Verteilung von Ressourcen für das Überleben der Menschheit notwendig ist und dass dies weltweit den Einsatz aller Kräfte erfordert und auch als persönliche Verpflichtung aufgefasst werden muss.“ (BMB 2015)

Neben diesen grundsätzlichen Aspekten wird betont, dass Schule ein Ort gelebter Demokratie sein sollte, wo Kinder und Jugendliche erfahren, dass sie ein Recht auf Beteiligung haben. Auch die Begegnung mit politischen AkteurInnen, etwa Abgeordneten, Interessenvertretungen, NGOs, Medien

u.a. sollte im Rahmen des Unterrichtsprinzips ermöglicht und verwirklicht werden.

Im Bundesland Salzburg sollten im Schuljahr 2015/2016 alle 77.790 SchülerInnen das Unterrichtsprinzip Politische Bildung erfahren haben. Unter der Annahme, dass alle SchülerInnen im Durchschnitt zumindest 1 Stunde wöchentlich mit entsprechenden Inhalten und Aktivitäten befasst waren, kommen mehr als drei Millionen Zeiteinheiten zustande. Diese eine Stunde wurde als Durchschnittswert aller Schultypen und Schulklassen angenommen. Dabei ist klar, dass die Verteilung sehr unterschiedlich ausfällt. An manchen Schulen oder in manchen Klassen mag es kaum bis gar keine Umsetzung des Prinzips geben, in anderen dafür wieder eine umso intensivere. Da Exkursionen, Diskussionsveranstaltungen, Workshops o.ä. inklusive Vor- und Nachbereitung in geblockter Weise recht schnell eine hohe Stundenzahl ergeben und außerdem in verschiedenen Fächern wie Deutsch, Religion, Geographie oder Geschichte für das Unterrichtsprinzip relevante Inhalte vermittelt werden, scheint die Annahme einer Stunde wöchentlich eher vorsichtig kalkuliert und jedenfalls gerechtfertigt.

Zur Umsetzung liegen keine harten Daten vor. Hinweise lassen sich aber auf Basis von einigen qualitativen Studien sowie Erfahrungsberichten von LehrerInnen und SchülerInnen finden. Demzufolge hängt die Verwirklichung des Unterrichtsprinzips sehr von den einzelnen Schulen und deren DirektorInnen sowie in weiterer Folge von einzelnen Lehrpersonen ab (vgl. Mittnik 2017; vgl. Ginzinger 2015; Neubacher 2015). Eine Studie über Politische Bildung in Wiener Schulen hat 2014 gezeigt, dass sich die LehrerInnen oft selbst nicht zutrauen, das Thema in ihren Unterricht einzubauen, weil sie bei kontroversen Fragen negative Konsequenzen befürchten (vgl. Larcher/Zandonella 2014). Dass sich dieses Phänomen nicht nur auf Wien beschränkt, zeigt ein jüngerer Fall einer politischen Intervention in einer Linzer Schule aus dem Jahr 2017, über den auch internationale Medien unter dem Titel „Politische Einflussnahme in Österreich“ berichteten (vgl. TAZ 17.05.2017). Die Debatte um politische Einflussnahme im Unterrichtsfach Politische Bildung hat eine lange Tradition. In Deutschland hat man sie schon in den 1970er Jahren im Beutelsbacher Konsens geklärt, der das

Indoktrinationsverbot als ersten Grundsatz festhält (vgl. Schiele 2017, 40 f.).

Trotz der Bedenken mancher LehrerInnen besteht kein Zweifel, dass in vielen Schulen das Unterrichtsprinzip zumindest in Ansätzen gelebt und vermittelt wird. Beispiele von entsprechenden Aktivitäten sind etwa Exkursionen in kommunale, regionale oder nationale Parlamente, Gespräche mit VertreterInnen der Zivilgesellschaft, SchülerInnen-Parlamente, u.a. Ob ein Kind allerdings in den Genuss solcher Aktivitäten kommt oder nicht, hängt vom Zufall ab bzw. davon, in welcher Schule und welcher Klasse es ist bzw. von welcher Lehrperson es unterrichtet wird.

Kontrastiert werden Bemühungen zur Politischen Bildung als Demokratiebildung im Schulsystem durch die im Schulalltag üblichen Abläufe und Machtverhältnisse. Brandmayr ist zuzustimmen, wenn er festhält: „Obgleich seltener als früher von der Schule als „Zwangsinstitution“ gesprochen wird (...), ist unbestritten, dass SchülerInnen in der Schule lernen, sich bestehenden Machtverhältnissen unterzuordnen (Brandmayr 2015, 154). Dass junge Menschen also in ihrem Schulleben ausreichend demokratisch sozialisiert werden, darf bezweifelt werden.

Schulfach „Politische Bildung“

Das Schulfach „Politische Bildung“ firmiert unter unterschiedlichen Titeln in verschiedenen Schultypen. Mit dem Inkrafttreten des neuen Lehrplans ist es ab dem Schuljahr 2016/17 als Pflichtlehrstoff ab der 6. Schulstufe vorgesehen.

In den Volksschulen ist Politische Bildung kein Unterrichtsgegenstand, jedoch teilweise in den Sachunterricht integriert und als Unterrichtsprinzip gültig. 20.832 Kinder haben 2015/2016 in Salzburg eine Volksschule besucht (Statistik Austria 2017) und sollten damit im Sachunterricht entsprechende Lehrinhalte vermittelt bekommen haben.

In der Oberstufe der Volksschule, der Hauptschule, der Neuen Mittelschule und in entsprechenden Sonderschulen (5.-8. Schulstufe) ist Politische Bildung von der 6.-8. Schulstufe als Pflichtgegenstand mit je 2 Stunden

unter dem Titel „Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung“ mit Pflichtmodulen „Politische Bildung“ verankert (vgl. BMB 2015). Dies betraf in Salzburg 2015/2016 ca. 12.000 SchülerInnen.

In der Polytechnischen Schule (9. Schulstufe) gibt es 2 Stunden des Pflichtgegenstands „Politische Bildung und Wirtschaftskunde“. 1.113 SchülerInnen besuchten eine solche Schule 2015/16 in Salzburg.

In den Unterstufen der Allgemein Bildenden Höheren Schulen (5.-8. Schulstufe) ist das Fach „Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung“ mit Pflichtmodulen wie in den NMS verpflichtend. In der Oberstufe der AHS (9.-12. Schulstufe) gibt es 7 Stunden Pflichtgegenstand „Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung“, die sich wie folgt verteilen: 1 Stunde in der 9. Schulstufe und je 2 Stunden in der 10., 11. und 12. Schulstufe (SchülerInnen: 13.583).

In den 2 bis 4 Jahre dauernden Berufsschulen sind 80 Stunden verpflichtend im Fach „Politische Bildung“ zu absolvieren (SchülerInnen: 9.194).

In den Berufsbildenden Mittleren Schulen gibt es 2 Stunden des Pflichtgegenstands „Geschichte und Politische Bildung“ in der 10. Schulstufe. In der Fachschule für Wirtschaftliche Berufe und in der Hotelfachschule sind es 4 Stunden. In Handelsschulen sind 5 Stunden des Faches „Politische Bildung und Zeitgeschichte“ vorgesehen. In den Technischen, Gewerblichen und Kunstgewerblichen Fachschulen sind insgesamt 6 Stunden des Gegenstands „Geografie, Geschichte und Politische Bildung“ verpflichtend (SchülerInnen: 3.277)

Die Berufsbildenden Höheren Schulen (SchülerInnen: 10.159) (9.-13. Schulstufe) sehen folgendes vor:

Handelsakademie: 5 Stunden Pflichtgegenstand „Politische Bildung und Geschichte (Wirtschafts- und Sozialgeschichte)“.

Höhere Land- und Forstwirtschaftliche Lehranstalten: 7 Stunden Pflichtgegenstand „Geschichte, Politische Bildung und Recht“

Höhere Lehranstalt für Mode: 5 Stunden Pflichtgegenstand „Geschichte und Politische Bildung“

Höhere Lehranstalt für Tourismus: 6 Stunden Pflichtgegenstand „Geschichte und Politische Bildung“

Höhere Lehranstalt für Wirtschaftliche Berufe: 6 Stunden Pflichtgegenstand „Geschichte und Politische Bildung“

Höhere Technische und Gewerbliche Lehranstalten: 8 Stunden Pflichtgegenstand „Geografie, Geschichte und Politische Bildung“

In den Bildungsanstalten für Elementarpädagogik und Sozialpädagogik (9.-13. Schulstufe) sind 7 Stunden Pflichtgegenstand „Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung“ vorgesehen (SchülerInnen: 666).

Aus verschiedenen Gründen sind die vermittelten Lehrinhalte in diesen genannten Fächern je nach Schultyp unterschiedlich. Es lässt sich auch nicht genau feststellen, wie hoch die Anteile etwa zwischen Geografie, Geschichte und politischer Bildung oder Recht und Wirtschaft in den einzelnen Fächern gewichtet sind.

Aus dem Inhaltsverzeichnis eines Lehrbuchs für das Fach „Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung“ der AHS Unterstufe lässt sich ableiten, dass für den Teil Politische Bildung etwa 20 von 132 Buchseiten reserviert sind, was prozentuell einem Anteil von ca. 15% entspricht. Da jedoch die Inhalte (Geschichte, Sozialkunde und PB) ineinander übergehen und teilweise verschwimmen, kann auch dies nicht als fixer Richtwert gelten¹.

Quantitativ betrachtet ist Politische Bildung in der Schule über das Unterrichtsprinzip und die spezifischen Schulfächer verhältnismäßig stark präsent. Daraus lassen sich aber keine Schlüsse auf die Qualität der Vermittlung ableiten. Diese hängt von mehreren Faktoren ab, beginnend beim konkreten Lehrplan über die Unterrichtsmaterialien (Schulbücher u.a.) bis hin zur didaktischen Umsetzung durch die Lehrerinnen.

¹ Ein Dank für die Zurverfügungstellung von Unterlagen und für weitere Informationen zum Unterrichtsprinzip und zur Politischen Bildung in AHS geht an Frau Prof. Mag. Judith Höfferer.

Zusammengefasst kann festgehalten werden:

- Die Schulen Salzburgs erreichen mit dem Unterrichtsprinzip zumindest theoretisch alle SchülerInnen Salzburgs, das sind 77.790 Personen (Kinder und Jugendliche).
- Wenn auch nicht alle dieser SchülerInnen das gleiche Ausmaß des Unterrichtsprinzips erfahren, so gehen wir von einem Gesamtwert von über 3 Mio. TeilnehmerInnen-Zeiteinheiten aus.
- Hinzu kommen geschätzte 2,8 Mio. TeilnehmerInnen-Zeiteinheiten, die jährlich in den speziellen Fächern an Politischer Bildung absolviert werden.

2.2. Politische Bildung im tertiären Bildungsbereich

Im tertiären Bildungssektor wird Politische Bildung in einem weiteren Sinne über viele Angebote vermittelt. Im engeren Sinne zählen politikwissenschaftliche Studien sowie sozialwissenschaftliche dazu.

Paris Lodron Universität Salzburg

An der Paris Lodron Universität Salzburg wird das Studium Politikwissenschaft angeboten. Bis zu 100 Studierende beginnen jährlich ein Bachelor- oder Masterstudium der Politikwissenschaft. Im Studienjahr 2015/16 waren insgesamt 386 Studierende eingeschrieben. Das Studienangebot umfasst etwa 80 Kurse jährlich in deutscher und englischer Sprache. Die Studierenden kommen vorwiegend aus Österreich und Deutschland, aber über diverse Austauschprogramme auch aus anderen Ländern Europas und der Welt. Im Masterstudium European Union Studies waren es 136 Personen. Im Doktoratsstudium Political Science 21 Personen. Die Paris Lodron Universität bietet außerdem das Studium Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung an. Dort waren im Doktoratsstudium 6 Personen, im Bachelor 14 und im Master 364 eingeschrieben. Im Universitätslehrgang Politische Bildung, der sich an Personen richtet, die selbst Politische Bil-

dung unterrichten, waren 2016 17 Personen inskribiert. Dieser Lehrgang findet jedoch nicht in Salzburg, sondern in Vorarlberg statt.

In weiteren Studien wird in geringerem Ausmaß möglicherweise ebenso politische Bildung im weiteren Sinne vermittelt. Diese Anteile können hier aber nicht nachvollzogen werden und fließen daher auch nicht in die Aufstellung ein. Weitere Angebote sind etwa das Zentrum Gendup, das ein interdisziplinäres Wahlfachstudium darstellt und außerdem Workshops anbietet.

Fachhochschule Salzburg

An der Fachhochschule Salzburg finden Inhalte der Politischen Bildung in erster Linie im Bachelor Soziale Arbeit und im Master Soziale Innovation (bis 2016 Innovationsentwicklung im Social Profit Sektor) statt. Pro Jahr durchlaufen etwa 200 bis 250 Personen diese Angebote. Darüber hinaus gibt es eine für alle Studierenden der FH verpflichtende Lehrveranstaltung mit dem Titel „Ethik und Nachhaltigkeit“, bei der prominente Vortragende zu aktuellen gesellschaftspolitischen Fragen eingeladen werden. Diese Veranstaltung müssen alle Studierenden durchlaufen. Zusätzlich gibt es eine Ringvorlesung, die für alle Studierenden und auch für die Öffentlichkeit offensteht und die ebenfalls immer wieder gesellschaftspolitische Fragen thematisiert, somit im weiteren Sinne für politische Bildung relevant ist. Schließlich veranstalten einzelne Studiengänge wie etwa Multi Media Art, Multi Media Technology, u.a. gesonderte Termine, in denen für Politische Bildung relevante Inhalte angeboten werden. Eine Statistik darüber liegt allerdings nicht vor.

Pädagogische Hochschule Salzburg Stefan Zweig

Auch an der Pädagogischen Hochschule Salzburg Stefan Zweig gibt es Angebote, die für Politische Bildung relevant sind.

Im BA Lehramt NMS studierten 2016 insgesamt 44 Personen im Zweifach Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung, und zwar in Kombination mit Mathematik, Deutsch oder Englisch. Im Bachelor Lehramt Primarstufe

erhielten etwa 16 Personen auch Lehrveranstaltungen mit politisch relevanten Inhalten (Politische Bildung, Demokratie und Partizipation u.a.).

Die PH führt außerdem ein eigenes Zentrum für Gesellschaftliches Lernen. Dieses Bundeszentrum für Gesellschaftliches Lernen ist ein vom Bundesunterrichtsministerium eingerichtetes und der PH Salzburg mitfinanziertes Forschungs- und Entwicklungszentrum, das Fächer und Unterrichtsprinzipien des österreichischen Schulsystems betreut. Dazu zählen historisches Lernen, politisches und sozialkundliches Lernen, geographisches und wirtschaftskundliches Lernen, moralisch-ethisches Lernen und gesellschaftliches Lernen als fächerübergreifend. Das Zentrum engagiert sich dabei auch in der Weiterqualifikation im Bereich Fachdidaktik von LehrerInnen und WissenschaftlerInnen.

Auch in den Fort- und Weiterbildungsangeboten für LehrerInnen finden sich immer wieder Angebote zur Politischen Bildung, allerdings liegen keine Daten zu Zahlen vor.

Zusammengefasst kann festgehalten werden:

- Im tertiären Bildungsbereich kommen im Bundesland Salzburg ca. 1.200 Personen auf etwa 1,4 Mio. TeilnehmerInnen-Zeiteinheiten.
- Die höchsten Beiträge liefern dazu die Studien Politikwissenschaft und jene zur Politischen Bildung.
- Während im Schulbereich eine Vielzahl an SchülerInnen abgedeckt ist, sind es im tertiären Bereich eher wenige, die dafür eine Vielzahl an Stunden absolvieren.

2.3. Politische Bildung in der Erwachsenenbildung

In Österreich wird Erwachsenenbildung unter anderem im entsprechenden Förderungsgesetz definiert. Dabei wird der Status des Erwachsenen nicht anhand eines rechnerischen Alters, sondern durch eine klare Grenze zwischen Statuspassagen (Ende Schulbildung bzw. Berufsausbildung/Beginn Erwachsenenbildung) bestimmt. Zu den Institutionen der

Erwachsenbildung gehören jene „Einrichtungen und Tätigkeiten, die im Sinne einer ständigen Weiterbildung die Aneignung von Kenntnissen und Fertigkeiten sowie der Fähigkeit und Bereitschaft zu verantwortungsbewusstem Urteilen und Handeln und die Entfaltung der persönlichen Anlagen zum Ziele haben.“ (Bundesgesetz vom 21. März 1973 über die Förderung der Erwachsenenbildung und des Volksbüchereiwesens aus Bundesmitteln, §1 Abs. 2)

Politische Bildung ist ein wichtiger Bestandteil der Erwachsenenbildung. Gleichzeitig zeigt die Geschichte der Politischen Bildung in Österreich (Vgl. Hellmuth/Klapp 2010), dass umgekehrt die Erwachsenenbildung innerhalb der Politischen Bildung eine geringe Rolle spielte. Ziel war es, diese Kompetenzen in der Schule zu vermitteln. Dies verändert sich, wie Studien zeigen. (Vgl. Baumgartner/Gürses 2015).

Die Organisation der Politischen Bildung in der Erwachsenenbildung kann deutlich vom Schulsystem unterschieden werden. „Anders als bei der schulischen politischen Bildung, die durch Schulgesetze und Erlässe legitimiert und großteils auch curricular geregelt ist, basiert die außerschulische politische Bildung auf der Pluralität freier Träger und AkteurInnen entsprechend der Heterogenität der Gesellschaft, die geprägt ist von unterschiedlichen Interessen und Positionen, nicht zuletzt auch von der kontrastreichen Geschichte der außerschulischen Bildungseinrichtungen.“ (IGPB 2012, S. 2)

Für die zunehmende Bedeutung der Politischen Bildung in höherem Alter gibt es einige Gründe:

- Im Zuge der Internationalisierung der Wirtschaft, der Politik und der Zivilgesellschaft leben in Österreich immer mehr Personen, die nicht durch das österreichische Schulsystem gegangen sind. Vor allem die Fluchtbewegungen führten zu einer steigenden Anzahl von Personen, die in Österreich nie schulpflichtig waren.
- Parallel dazu nimmt die Dynamik der politischen Veränderung zu. Das Aufbrechen des Nachkriegskonsens in Österreich, aber auch in vielen

anderen Staaten der Welt, führt zu neuen Fragestellungen in Bezug auf Politik und Beteiligung.

- Eine Rolle spielt weiters, dass der Bevölkerungsanteil, der nicht mehr schulpflichtig ist, aufgrund der Alterung proportional zunimmt. Darunter befinden sich immer mehr Personen im Ruhestand, die Zeit haben und fit sind, sich mit gesellschaftlichen und politischen Fragen zu beschäftigen. 1960 gab es in Österreich 1,58 Millionen Personen über 60 Jahre, 2015 2,82 Millionen. (Statistik Austria)

Insgesamt beträgt 2016 der Anteil der Bevölkerung, der bei der Befragung angibt, in den letzten vier Wochen eine Fortbildung oder Schulung besucht zu haben, bei 14,9%. 1996 waren es lediglich 7,9%. (Statistik Austria)

Erwachsenenbildung in Salzburg

In Salzburg erlaubt die institutionelle Organisation der Erwachsenenbildung eine strukturierte Auswertung des Angebots. Die "Arbeitsgemeinschaft Salzburger Erwachsenenbildung" ist ein freiwilliger Zusammenschluss von Einrichtungen der Weiterbildung im Land Salzburg und umfasst alle großen Einrichtungen, die auch Politische Bildung anbieten. Ziel der Arbeitsgemeinschaft ist die Förderung der Weiterbildung und Kooperation innerhalb der Einrichtungen der Weiterbildung im Land Salzburg unter Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips. (ARGE Salzburger Erwachsenenbildung 2015). Zur ARGE Erwachsenenbildung (ARGE EB) in Salzburg gehören unter vielen anderen die Volkshochschule, das Salzburger Bildungswerk, das Katholische Bildungswerk, das Berufsförderungsinstitut bfi, das Wirtschaftsförderungsinstitut und das Bildungshaus St. Virgil.

Die ARGE-EB-Einrichtungen erreichen mit ihren Kursangeboten jährlich ca. 370.000 TeilnehmerInnen. (Zahlen: ARGE Salzburger Erwachsenenbildung) Diese verteilen sich einerseits auf knapp 7.800 Kurse, Seminare, Reihen, Lehrgänge, Projekte und Tagungen. Andererseits werden knapp 3.800 Kurz- und Einzelveranstaltungen in der klassischen Erwachsenenbildung durchgeführt. Zur ARGE Salzburger Erwachsenenbildung gehören auch viele Bibliotheken, die weitere Veranstaltungen durchführen (z.B. Lesungen),

die nicht im engeren Sinn als Veranstaltungen der Erwachsenenbildung gerechnet werden. Knapp mehr als die Hälfte der Teilnehmenden sind Frauen. Die berufliche Weiterbildung ist tendenziell eher männlich, während die allgemeine Weiterbildung tendenziell weiblich ist. (Gespräch Silvia Papula-Schwarzenberger, 12.4.2017) Die ARGE weist insgesamt ca. 3,3 Millionen Teilnehmer-Zeiteinheiten aus (jeweilige Besuche multipliziert mit der Anzahl der jeweiligen Arbeitseinheiten). Dies entspricht etwa sechs Fortbildungseinheiten pro Jahr pro Kopf der Salzburger Bevölkerung.

Die Salzburger Erwachsenenbildung stellt Fragen der Politischen Bildung mit in das Zentrum ihrer Arbeit. Zu ihren Grundsätzen und Prinzipien zählt die „Wertorientierung“: „Weiterbildung orientiert sich an den Menschenrechten, sowie an den Grundwerten von Demokratie, Solidarität und Subsidiarität.“ (Verein Salzburger Erwachsenenbildung 2013, S. 4). Ziel ist unter anderem die „Weiterentwicklung der Bildung als Lebenskompetenz, sowie als Basis zur aktiven Teilnahme der Menschen bei der Gestaltung ihrer Lebensumwelt und ihres Gemeinwesens durch aktivierende Bildungsmaßnahmen und kooperative Projekte“. (Verein Salzburger Erwachsenenbildung 2015, S. 7).

Die Statistiken zu Angeboten der Politischen Bildung der einzelnen Institutionen sind nicht vergleichbar. Fast jede Einrichtung legt eine andere, jeweils nachvollziehbare Definition des Bereichs zugrunde. In dieser Arbeit wurde deswegen nicht die jeweils ausgewiesene Zahl der Veranstaltungen herangezogen. Vielmehr wurden die Programme nach dem erwähnten Kriterium dieser Studie neuerlich durchforstet. Daraus ergeben sich andere Zahlen als in den Jahresberichten der Einrichtungen.

Von den Institutionen der Erwachsenenbildung wird Politische Bildung in unterschiedlicher Form angeboten. Zum einen als einzelne Veranstaltungen zu aktuellen oder in anderer Hinsicht interessierenden Themen. Zum anderen als Teil der nachholenden (Schul-) Ausbildung.

Eigenständige Veranstaltungen zur Politischen Bildung

Abendveranstaltungen zur Information und Diskussion über politische Fragen sind ein Standbein der Politischen Bildung. Diese behandeln oft aktuelle politische Entwicklungen. Es können aber auch andere Themen verhandelt werden, wenn es beispielsweise neue Buchpublikationen gibt oder grundlegende Fragen diskutiert werden sollen. Ein Kriterium der Durchführung ist freilich die Abschätzung des Interesses an solchen Veranstaltungen, da diese fast ausnahmslos außerhalb des Kontextes von Ausbildungsreihen und ohne möglichen Erwerb eines Zertifikats oder Ähnlichem organisiert sind.

Eigenständige Veranstaltungen zu politischen Themen werden folglich „mal besser, mal schlechter“ angenommen, so eine Programmgestalterin. Dies stehe im Kontrast zu den Wünschen, die bei Befragungen oftmals festgestellt werden: Der Wunsch nach politischer Diskussion ist stärker als das tatsächliche Wahrnehmen der Angebote.

Die Erwachseneneneinrichtungen trennen Politische Bildung, nachvollziehbarerweise, nicht von Nachbardisziplinen, sondern bilden Cluster. Die Volkshochschule spricht vom Bereich „Politik und Gesellschaft“. In diesem Cluster wurden im Jahr 2016 1.048 Personen bei ca. 25 Veranstaltungen erreicht. Davon sind jene Veranstaltungen, die dem hier angewendeten Sinn der Politischen Bildung entsprechen, der kleinere Teil. Scheidet man etwa Vorträge zum Thema „Joseph II“ und die „Philosophischen Abende“ aus, so wird klar, dass die Nachfrage nach Politischer Bildung im engeren Sinn sehr übersichtlich ist. Etwa ein Viertel bis ein Drittel der Kurse beschäftigen sich mit aktuellen Fragen der Politik, ihrer Institutionen und Hintergründe. Um ein Bild zu geben: Zu einem Vortrag über den Arabischen Frühling kamen 10 Personen in Lamprechtshausen, zu „Das politische System der USA“ 7 Personen und zu „Türkei – Geschichte und aktuelle Entwicklungen“ 13 Personen (beides fand in der Stadt Salzburg statt). Die Volkshochschule hat für den Bereich „Politik und Gesellschaft“ eine Auswertung der erreichten Altersgruppen. Demnach sind 8,5 Prozent unter 30 Jahre alt, 43 Prozent zwischen 30 und 60 und 48,5 Prozent über 60 Jahre alt.

Das Katholische Bildungswerk (KBW) organisierte 2016 insgesamt 4.987 Veranstaltungen mit 104.729 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Das katholische Bildungswerk erreichte 2016 bei eigenständigen Abendveranstaltungen zu politischen Themen 2.524 Personen. Diese verteilen sich auf 82 Veranstaltungen (228 Arbeitseinheiten). Das KBW ist besonders stark auch außerhalb der Zentralorte vertreten. Das Publikum habe einen Altersschnitt von etwa 50 Jahren, schätzt man. Besonders aktuelle Angebote werden wahrgenommen. Vorträge wie „Auf der Flucht“, zur Zukunft der Europäischen Union oder zu Alternativen für nachhaltiges Wirtschaften standen auf dem Programm. Im KBW beobachtet man, dass die Nachfrage nach politischen Themen eher zunimmt, da die „Politik näher rückt“, politische Veränderungen stärker wahrgenommen werden.

Auch das Salzburger Bildungswerk (SBW) führt eine Vielzahl von Veranstaltungen zu Themen der Politik im Sinne der Definition dieser Studie durch. Im Jahr 2016 waren es um die 50. Die Veranstaltungen werden von den Ortsorganisationen selbst gewählt, somit hängt das Programm auch stark von den lokalen Wünschen ab. Andererseits verzeichnet man oft Teilnehmerinnen und Teilnehmer bei lokalen Veranstaltungen, die von außerhalb anreisen. Beim Salzburger Bildungswerk bezeichnet man das Publikum dieser Veranstaltungen als überwiegend höher gebildet. Auch wenn man das Ziel eines niedrigschwelligen Angebots habe, sind bestimmte Gruppen schwer zu erreichen. „Viele sagen, sie hätten Angst, den Vortrag nicht zu verstehen“, berichtet man aus Rückmeldungen an das SBW. Beispiele solcher Veranstaltungen waren das Seminar „Die EU im Spannungsfeld zwischen Weltpolitik und Religionen“ in Lamprechtshausen, an dem 30 Personen über zwei Tage hinweg teilnahmen. In Saalfelden fand die Tagung „Der Traum von der Europäischen Identität: Eine neue Utopie?“ statt.

Ein anderes Beispiel waren die Veranstaltungen „Brennpunkt Syrien“ die in Abtenau und in Bruck an der Glocknerstraße durchgeführt wurden. Dabei konnten viele Freiwillige aus der Flüchtlingsbetreuung angesprochen werden. Im SBW sieht man bei solchen Veranstaltungen einen Effekt darin, dass Interessierte sich bei den Abenden Informationen mitnehmen, die sie aktiv in die Gemeinden tragen, weil sie dort mit dem Thema direkt kon-

frontiert sind. Weiters wurden Gespräche mit Zeitzeugen des NS-Regimes veranstaltet. Steigenden Zuspruch registriert man bei wirtschaftlichen Themen, vor allem, wenn ökonomische Alternativen angesprochen werden: Veranstaltungen über Tauschkreise, oder über eine Abkehr vom Wachstumszwang werden angenommen.

Bildungsreisen nach Brüssel zu den Institutionen der Europäischen Integration werden regelmäßig angeboten, andere Bildungsreisen ergänzen das Programm. Hier sind oft die hohen Kosten eine Hürde. Man erreicht vor allem bereits sehr interessierte Personen. Förderungen (etwa von der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik) helfen, die Kosten-Hürde zu senken.

Das Bildungshaus St. Virgil ist ein weiterer sehr bedeutender Anbieter im Bereich der Politischen Bildung. Im Jahr 2016 erreichte man mit zehn Einzelveranstaltungen (1 bis 4 Unterrichtseinheiten) 403 TeilnehmerInnen. Davon waren bemerkenswerte 77 Prozent weiblich.

Wie auch im Kapitel zum tertiären Bildungssektor dargestellt, bietet auch die Universität Salzburg relevante Lehre im Bereich der Erwachsenenbildung, etwa im Programm „55+“. Dort waren 2016 insgesamt 405 Personen inskribiert. Das Modul „Sozietät und Gesellschaft“ umfasst Vorträge aus der Soziologie, Politik-, Kommunikations-, Rechts-, Wirtschafts-, Erziehungs- und Sprachwissenschaft, Psychologie, LehrerInnenbildung, Globalisierung und interkulturelle Aspekte. In diesem Zusammenhang gibt es einzelne Veranstaltungen, die der Politischen Bildung im Sinne dieser Studie zuzurechnen sind. Der Großteil des Angebots erfolgt über das ordentliche Studienangebot, wo die Inskribierten dieses Programms dann teilnehmen können. Besonders relevant ist der Lehrgang Politische Bildung - mit 17 Personen und Veranstaltungen im Schloss Hofen in Vorarlberg.

Im Bereich der Erwachsenenbildung ist auch die Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen mit Angeboten zur Politischen Bildung engagiert. 2016 lud man zu 36 Veranstaltungen ein, die politische Themen behandelten und verzeichnete dabei 1400 Besucherinnen und Besucher. Daneben gibt es noch weitere Veranstaltungen, die aber der engeren Definition der Poli-

tischen Bildung nicht entsprechen. Interessant sind in der JBZ vorliegende Daten zur Veranstaltungsreihe der Montagsrunden. In der JBZ verzeichnete man über die Laufzeit (nicht nur 2016) des Formats 3427 Besuche, die sich diese auf 1170 verschiedene Personen verteilten. Diese Zahl ist relevant, weil sie abzuschätzen hilft, dass die Anzahl der Besuche bei den Veranstaltungen der Politischen Bildung etwa dreimal so hoch sein dürfte wie die Anzahl der (teilweise mehrfach) erreichten Personen. Auch in der JBZ schätzt man ein, dass Personen mit weniger langen Bildungslaufbahnen sowie von Personen mit Migrationshintergrund bei Diskussionsveranstaltungen unterrepräsentiert sind. Frauen machen hingegen knapp über 50 Prozent der BesucherInnen aus.

Neben diesen Einrichtungen der Erwachsenenbildung gibt es noch weitere Anbieter von Veranstaltungen, die der Politischen Erwachsenenbildung zugeordnet werden können. Salzburger Medien bieten beispielsweise gelegentlich Diskussionsveranstaltungen zu politischen Themen an. Eine Sonderrolle spielen Einrichtungen, die sich an Personen richten, die sich nur zum Zweck der Fortbildung in Salzburg befinden, wie die Bildungseinrichtungen für amerikanische Studierende und das Salzburg Seminar im Schloss Leopoldskron. Ebenfalls leisten Einrichtungen wie die Verwaltungsakademie Politische Bildung für öffentlich Bedienstete. Besonders wichtig sind in diesem Zusammenhang auch Kultureinrichtungen. Die ARGE Kultur (2016 zum Beispiel Lesungen im Rahmen der „Kritischen Literaturtage“ mit 918 Teilnehmenden und Diskussionen im Rahmen des OpenMind Festivals; ARGEkultur 2017, S. 26), der Kulturverein „Schloss Goldegg“ (Goldegger Dialoge, Herbstgespräche und andere Veranstaltungen), das Filmkulturzentrum „Das Kino“ (Diskussionen nach Dokumentarfilmen), das Landestheater und andere bieten ebenfalls Veranstaltungen an, die der Politischen Bildung zugerechnet werden können.

Eine präzise allgemeine Kalkulation des Ausmaßes dieser Form der politischen Erwachsenenbildung ist nicht möglich. Allerdings kann die Dimension aufgrund der vorliegenden Zahlen sowie der Überprüfung anhand von Jahresberichten und Veranstaltungskalendern abgeschätzt werden. Dies basiert auf Daten von 2016.

- Wir gehen davon aus, dass es jährlich im Land Salzburg rund 250 Einzelveranstaltungen gibt, die der politischen Erwachsenenbildung zuzurechnen sind.
- Daran nahmen rund 6.000 Personen teil. Wir kalkulierten daraus 13.000 TeilnehmerInnen-Zeiteinheiten.
- In Gesprächen mit verschiedenen Veranstaltern wurde klar: Die Teilnehmenden sind überdurchschnittlich vorgebildet. Unter den Teilnehmenden sind je nach Veranstalter und je nach Thema mehr Frauen oder mehr Männer. Ein eindeutiges Bild gibt es nicht.
- Die bei der Volkshochschule detailliert vorliegenden Zahlen zur Altersverteilung legen nahe, dass die Personen über 60 Jahre überrepräsentiert sind, sie aber auch nicht mehr als die Hälfte der TeilnehmerInnen darstellen. Der sich daraus ergebende Schnitt von gut 50 Jahren entspricht den Schätzungen anderer Einrichtungen.
- Die Anzahl der Besuche darf nicht mit der Anzahl der verschiedenen erreichten Personen verwechselt werden. Die Zahl der verschiedenen Personen, die an den Veranstaltungen teilnehmen dürfte höchstens halb so hoch sein, wie die Anzahl der Besuche, wie Daten der Jungk-Bibliothek nahelegen, die aufgrund der regionalen Diversität des Angebots ein wenig relativiert werden müssen.
- Bemerkenswert ist die historische Entwicklung, die man am Beispiel des SBW sehen kann. Noch vor 60 Jahren wurden für bestimmte Veranstaltungen die Häuser am Veranstaltungsort beflaggt, Einladungen des SBW wurden in einer mehr autoritätshörigen Gesellschaft anders angenommen als heute.
- Wir kommen zu dem Ergebnis, dass im Jahr 2016 in etwa 1 Prozent der Salzburger Bevölkerung an Veranstaltungen der politischen Erwachsenenbildung teilnimmt.

Lehrgänge der Politischen Bildung

Vor allem das Bildungshaus St. Virgil bietet Seminare und Lehrgänge an, die der Politischen Bildung zuzurechnen sind. Dabei ist die politische Partizipation eines der wichtigen Themen. In 13 solchen Veranstaltungen, die 548 Unterrichtseinheiten darstellten, verzeichnete man 702 Teilnahmen.

Politische Bildung als Teil der nachholenden Schulbildung und der beruflichen Weiterbildung

Die Erwachsenenbildungseinrichtungen leisten auch wichtige Beiträge zur nachholenden Schulbildung und zur beruflichen Weiterbildung. In beiden Bereichen wird auch politische Bildung betrieben.

Deutsch als Zweitsprache

Gerade in diesem Bereich berichten Lehrende, dass soziales Lernen und Politische Bildung permanent eine Rolle spielen. Parallel zum Erlernen der Sprache werden gesellschaftliche Regeln, Konventionen und auch das politische System vermittelt. Dies finde bereits in den Alphabetisierungskursen für MigrantInnen statt. Es sei immer präsent im Bereich „Deutsch als Fremdsprache/Deutsch als Zweitsprache“ bis hin zum Österreichischen Sprachdiplom. Will man eine Unterteilung in Politische Bildung im engeren Sinn und der Vermittlung gesellschaftlicher Normen, so wird von Lehrenden geschätzt, dass etwa ein Sechstel der Zeit Fragen der politischen Bildung in den Unterricht einfließen. In den Lehrplanbestimmungen für Deutsch als Zweitsprache gibt es das Unterrichtsprinzip „Interkulturelles Lernen“, das diese Inhalte deckt. (BMB 2016)

Dies ist besonders wichtig festzuhalten, weil das Ausmaß dieses Angebots sehr groß ist. Etwa drei Viertel des Angebots entfällt auf Volkshochschule, Berufsförderungsinstitut und WIFI. Die Datenbank der Salzburger Erwachsenenbildung wies jeden Monat rund 250 Kursangebote im Land Salzburg auf. Diese Angebote wiederholten sich oft zwei bis drei Monate lang. Die Datenbank umfasste auch nicht alle Angebote, die es in Salzburg gab. Zahlen liegen für einen bestimmten Teilbereich vor. In einer Studie des Landes Salzburg gaben 73,2 Prozent der Asylwerbenden an, bereits einen

Deutschkurs zu besuchen, 30 Prozent haben bereits einen absolviert. (Landesstatistik 2017)

Es gibt kein vereinheitlichtes Datenmaterial zu dieser Frage. Für diese Studie wurde deswegen einerseits das Angebot der entsprechenden Datenbank der Salzburger Erwachsenenbildung analysiert und andererseits ausführlich mit einer Erwachsenenbildungseinrichtung diskutiert. Auf der Basis der Daten, interner Erfahrungen und leider auch nötigen Schätzungen gehen wir von folgendem Ausmaß der Politischen Bildung aus, die in den Kursen Deutsch als Zweitsprache stattfindet:

- In Salzburg besuchten 2016 rund 5.400 Personen Kurse dieser Art, in der Regel nahmen sie an zwei Kursen teil. Im Durchschnitt belegen 20 Personen die Kurse (Auswertung von Daten der VHS), deren durchschnittliche Dauer knapp 60 Unterrichtseinheiten (UE) beträgt. Etwa 80 Prozent der Teilnehmenden waren Männer, wie Auswertungen verschiedener Monate ergaben. 50 Prozent waren unter 30 Jahre alt. Mehr als ein Viertel hatten Alphabetisierungsbedarf.

Auf Linie 150

Das bfi betreibt mit „Rettet das Kind“ Kurse mit dem Titel „Auf Linie 150“. Es ist das größte Ausbildungsprojekt für junge Flüchtlinge im Bundesland Salzburg und umfasst Berufsorientierung, -vorbereitung und -ausbildung. Dabei kann das 1. Lehrjahr in bestimmten Lehrberufen vollständig anrechenbar absolviert werden. Genutzt wird der Kurs von jungen AsylwerberInnen im Alter von 19 bis 25. In einem Jahr werden in der Regel 40 Stunden an politischer Bildung angeboten.

Maßnahmen für subsidiär Schutzberechtigte und Asylberechtigte

Subsidiär Schutzberechtigte und Asylberechtigte werden in Kursen des bfi nach einer Kompetenzerhebung vier Wochen bei der Diskussion von „Perspektivenplänen“ unterstützt. In dieser Zeit wird auch das Staatswesen Österreichs im Rahmen des Bereichs „Gemeinsam in Österreich – Integration und interkulturelle Kommunikation“ vermittelt (Insgesamt 32 UE).

Dabei stehen der praktische Nutzen und die Umsetzbarkeit von politischer Bildung im alltäglichen Leben im Vordergrund.

Nach dem Perspektivenplan folgt ein umfangreicher Kurs zur „Vorbereitung auf die Qualifizierung“, der binnen zehn Wochen umgesetzt wird. Getragen wird diese Maßnahme v.a. vom AMS. Jährlich nehmen 240 Personen an diesen Maßnahmen Teil, davon 80 in Zell am See bzw. St. Johann. Pro Person werden dabei etwa 40 Unterrichtseinheiten in Politischer Bildung absolviert.

Basisbildung

Im Bereich der Basisbildung kommen vor allem Flüchtlinge in den Genuss von grundlegender Ausbildung. Insgesamt werden in diesen Kursen gut 200 Unterrichtseinheiten geboten. Eines von 17 Kapiteln betrifft das Verhältnis Männer/Frauen, Religion und Politik. In der Volkshochschule Salzburg besuchen jährlich ca. 50 Personen diese Kurse, die teilweise vom Bund, teilweise vom Europäischen Sozialfonds und anderen Stellen finanziert werden.

Nachholen des Pflichtschulabschlusses

Beim Nachholen des Pflichtschulabschlusses gibt es das Fach „Deutsch – Kommunikation und Gesellschaft“. In diesem Fach geht es unter anderem um die Förderung von Kompetenzen, die ein Verständnis für Politik und eine aktive Beteiligung an politischen und gesellschaftlichen Prozessen ermöglichen (politische Urteils-, Handlungs-, Methoden- und Sachkompetenz). Dieser Bereich der Politischen Bildung umfasst nach Schätzungen etwa ein Achtel des Faches und damit 30 UE (gesamtes Fach 240 UE). Dazu kommen einzelne Themen der Politischen Bildung im Fach „Englisch, Globalität und Transkulturalität“). Diese Ausbildung wird vor allem von SchulabbrecherInnen absolviert. Anbieter sind unter anderen das bfi und die Volkshochschule.

Weitere Ausbildungen

Bei bestimmten Berufen, bei denen der Lehrabschluss im zweiten Bildungsweg nachgeholt wird, gibt es Elemente der Politischen Bildung.

VerwaltungsassistentInnen studieren im Ausmaß von fünf Unterrichtseinheiten „Politische Bildung und Recht“. Im Bereich des bfi befinden sich jährlich etwa 7 Personen in dieser Ausbildungsschiene.

Beim Förderprogramm „Frauen in die Technik“ werden vor allem Arbeitslose umgeschult. Im Bereich Betriebslogistik gibt es das Fach „Politische Bildung“. Im bfi wurde dieser Kurs von 16 Personen besucht.

Berufsreifeprüfung

Im Bereich der Berufsmatura gibt es nach Ausbildungsschwerpunkt neben den drei Hauptfächern berufsbezogene Fachbereiche zu studieren. Einer dieser Fachbereiche ist „Politische Bildung (und Recht)“. Das bfi und das WIFI Salzburg (120 Lehreinheiten) boten diesen Fachbereich an. 2016 fand allerdings im bfi kein Kurs statt, in dem dieser Fachbereich als Teil eingeplant war. Im Wifi gab es einen Kurs mit 24 TeilnehmerInnen.

Die überwiegende Anzahl der BesucherInnen der Kurse zur Berufsmatura besucht diesen Fachbereich nicht. Etwa ein Drittel aller BesucherInnen der Kurse für die Berufsmatura sind aber jedes Jahr mit Politischer Bildung im Bereich des Deutschunterrichts implizit konfrontiert. Dafür sind 160 Stunden vorgesehen, in denen laut Curriculum auch viele gesellschaftliche und auch politische Themen diskutiert werden. Aufgrund des Umstands, dass mehr als 2.000 Salzburgerinnen und Salzburger die Kurse zur Berufsmatura pro Jahr besuchen, ergibt sich in diesem Bereich eine relevante Bedeutung für die Politische Bildung im Land Salzburg.

Die Personengruppen, die in diesen Kursen vertreten sind, haben zuvor in der Regel einen Lehrabschluss oder eine dreijährige Schule (BMS) hinter sich.

Studienberechtigungsprüfung

In der Erwachsenenbildung wird auch die Vorbereitung auf die Studienberechtigungsprüfung angeboten. Die Studienberechtigungsprüfung besteht aus 5 Prüfungsteilen. Dazu zählen ein Aufsatz (Deutsch), die Pflichtfächer (max. 3 Fächer) sowie die Wahlfächer. Die Erwachsenenbildungseinrichtungen bieten zur Studienberechtigungsprüfung Lehrgänge für die einzel-

nen Pflichtfächer an. Wahlfächer sind auf die jeweilige Studienrichtung zugeschnitten und in der Regel im Selbststudium zu bewältigen. Für etliche Studien ist Geschichte (und Sozialkunde/Politische Bildung) als Pflichtfach vorgesehen. Dazu werden Kurse angeboten und besucht. An der Volkshochschule besuchten im Jahr 2016/17 vier Personen, im Jahr davor 14 Personen, den Kurs.

In der Volkshochschule wird der Geschichtskurs im engen Kontext zur Geschichte der aufgeklärten Moderne einerseits und der österreichischen Verfassungsgeschichte andererseits gestaltet. Daher kommen verschiedene Themen der "Politischen Bildung" in allen historischen Themenbereichen vor. Für die 40 bis 50 UEs umfassende Lehrveranstaltung ist ein Prozentsatz von rund 35 Prozent realistisch, was in etwa 18 UEs entspricht, heißt es in der Volkshochschule.

Auch in diesem Bereich ist eine Zusammenschau der Politischen Bildung nicht präzise möglich. Es zeigt sich aber, dass die geleisteten Beiträge zur politischen Bildung durch die Erwachsenenbildungseinrichtungen in diesem Bereich nicht unterschätzt werden dürfen.

- Die Politische Bildung wird besonders stark als Thema der Sprachfortbildung transportiert. Aufgrund des sehr großen Volumens dieses Angebots zeigt sich die herausragende Bedeutung dieser Kurse für die politische Bildung. Wir rechnen hier mit in etwa 6.500 Personen pro Jahr (Mehr als ein Prozent der BewohnerInnen Salzburgs) und 120.000 TeilnehmerInnen-Zeiteinheiten, in denen Politische Bildung erfolgte.
- Wir gehen davon aus, dass jährlich im Land Salzburg rund 1.200 Personen mit Politischer Bildung im Zuge der nachholenden Schulausbildung bzw. Berufsausbildung in Erwachsenenbildungseinrichtungen konfrontiert werden. Wir kalkulierten daraus 27.000 TeilnehmerInnen-Zeiteinheiten.
- Die in den qualitativen Interviews erhobenen Erfahrungen verschiedener Veranstalter legen weiters folgendes nahe: Die Teilnehmenden sind deutlich unterdurchschnittlich gebildet, sie sind unterdurchschnittlich alt und die überwiegende Zahl von ihnen hat Migrationshintergrund.

Überblick über die Politische Bildung in der Erwachsenenbildung

Insgesamt erreichen die Erwachsenenbildungseinrichtungen rund 13.000 TeilnehmerInnen jedes Jahr mit Angeboten der Politischen Bildung und tragen rund 122.000 TeilnehmerInnen-Zeiteinheiten (TN-ZE) bei.

- Pro Jahr werden im Bereich der Erwachsenenbildung bei Diskussionsveranstaltungen und Vorträgen, die überwiegend am Abend stattfinden 6.000 Personen erreicht. Wir gehen hier von 13.000 TeilnehmerInnen-Zeiteinheiten (TN-ZE) aus.
- In Seminaren und Lehrgänge der Politischen Bildung entfielen auf 702 Teilnehmer 30.000 Teilnehmer-Zeiteinheiten.
- Wir gehen davon aus, dass jährlich im Land Salzburg rund 1.200 Personen mit Politischer Bildung im Zuge der nachholenden Schulausbildung bzw. Berufsausbildung in Erwachsenenbildungseinrichtungen konfrontiert werden. Wir kalkulierten daraus 27.000 TeilnehmerInnen-Zeiteinheiten.
- Im Bereich Deutsch als Zweitsprachen errechnen wir rund 52.000 TN-ZE für 5.400 Personen.

2.4. Politische Bildung in der Jugendarbeit

Ein weiterer Bereich, in dem außerschulische Politische Bildung erfolgt, ist die Jugendarbeit. Dabei ist vorweg zu erwähnen, dass große Teile der Jugendarbeit im weiteren Sinne als persönlichkeitsbildend und damit auch als politisch relevant zu erachten sind, und zwar insofern als die individuelle Stärkung jedes und jeder einzelnen Jugendlichen ein Beitrag zu demokratischer Mündigkeit darstellt. Da in dieser Erhebung der Fokus allerdings auf die institutionelle und eher formelle Politische Bildung gerichtet wird, kann nicht das gesamte Angebot der Jugendarbeit dargestellt werden, sondern nur jenes, das sich explizit und formalisiert mit politischen Fragen beschäftigt. Andere Aktivitäten werden nicht in ihrer Vollständigkeit, son-

dern nur sporadisch genannt, ohne damit ihre Bedeutung schmälern zu wollen.

Im Bundesland Salzburg gibt es eine Reihe von Einrichtungen, die in der Jugendarbeit aktiv sind und Angebote vorweisen. In der Folge werden die größten Einrichtungen genannt. Dabei ist anzumerken, dass viele Aktivitäten in Kooperation mit Schulen durchgeführt werden und daher teilweise auch in den Bereich des Unterrichtsprinzips in den Schulen fallen.

Akzente Salzburg

Akzente Salzburg ist eine überparteiliche Social Profit Organisation, die sich im Auftrag des Landes Salzburg für junge Menschen engagiert. Akzente ist im Bereich der Politischen Bildung sehr aktiv, organisiert Partizipationsprojekte, Jugendgespräche, den Salzburger Jugendlandtag und andere Projekte und Initiativen, die im engeren oder weiteren Sinne in den Bereich der Politischen Bildung fallen. Eines der wichtigsten Formate ist das Planspiel „Newland“.

Planspiel „Newland“

„Newland“ ist ein ganztägiges, interaktives Real-Life-Rollenspiel für Jugendliche ab 14 Jahre mit dem Ziel, spielerisch ein Verständnis für politische Strukturen und Abläufe zu gewinnen. Im Rollenspiel werden politische Situationen nachempfunden und bearbeitet. Das Spiel ist als Maßnahme der Politischen Bildung in enger Kooperation mit Schulen angelegt und ist damit auch ein Element des Unterrichtsprinzips Politische Bildung. Schulklassen können sich anmelden und werden dann mit Vorbereitungsmaterial versorgt. Die LehrerInnen informieren ihre Klassen über die grundlegenden Begriffe und Spielregeln. In sechs verschiedenen Spielphasen werden die TeilnehmerInnen auf verschiedene „Nationen“ aufgeteilt, wobei das Durchbrechen von bestehenden Klassenverbänden für den Lernerfolg zweckmäßig ist. Jede der Nationen erhält ein „Staatsgebiet“ mit unterschiedlichen Startbedingungen etwa in Hinblick auf die Verteilung von Wohlstand oder territorialer Größe und Bevölkerung. Als Aufgabenstellung gilt sodann das Finden einer Verfassung, politischer Institutionen usw. Auch der diplomatische Austausch wird spielerisch geübt. Die Jugend-

lichen schlüpfen in verschiedene Rollen und bekleiden Ämter ihres Staates. Sie können diesen als Demokratie oder auch als andere Staatsform konzipieren.

Am 11. Oktober 2016 fand das Planspiel mit BerufsschülerInnen in Kooperation mit der Arbeiterkammer Salzburg statt. Jede der 12 Berufsschulen konnte 20 Lehrlinge entsenden, wodurch sich 240 Lehrlinge fanden.

Newland findet mittlerweile auch in anderen Editionen statt. Am 12. Dezember 2016 kam es so zu Newland Europe, bei dem 6. und 7. Klassen des BG Akademiestraße eine Europa-Version durchspielten. Zusätzlich zu diesen beiden Spielveranstaltungen gab es im Jahr 2016 im Rahmen des Jubiläums 200 Jahre Salzburg bei Österreich noch drei weitere, auf die Zukunft hin ausgerichtete Events. Unter der Fragestellung „Stell dir vor, du bist PolitikerIn in Salzburg. Welche Probleme siehst du in den nächsten 20 Jahren auf uns zukommen? Und wie würdest du sie lösen?“ erarbeiteten die Jugendlichen Zukunftsmodelle. 620 SchülerInnen aus 12 Schulen nahmen daran teil.

Informations- und Diskussionsveranstaltung „Europa bewegt!“

Die Informations- und Diskussionsveranstaltung „Europa bewegt!“ ist eine Kooperation zwischen akzente Salzburg, dem Regionalverband Pongau, der Europäischen Kommission und EDIC Südliches Salzburg – Pongau. Es geht um die Förderung politischer Kompetenzen von jungen Menschen im Bereich der EU-Politik. Neben Wissensvermittlung gibt es breiten Raum für Diskussionen mit EntscheidungsträgerInnen und ExpertInnen. Zwischen 80 und 100 Jugendliche setzen sich einen Tag lang in Kleingruppen mit EU-Themen auseinander. Darüber hinaus gibt es eine Wanderausstellung „Europa – Was jetzt?“.

Diskussionsveranstaltung „Dialog Jugendforschung - Wählen ab 16“

Seit der Einführung der Wahlaltersenkung auf 16 Jahre vor etwa 8 Jahren steht die jüngste WählerInnengruppe im Interesse der Politik. Das Wissen über politische Zusammenhänge, Motivation und Interesse der jungen Mädchen und Burschen beeinflussen ihre Wahlbeteiligung und ihr Wahl-

verhalten entscheidend. Anhand der letzten Wahlen und deren Beteiligung von jungen WählerInnen konnten in einem Projekt (AUTNES) erste Schlüsse gezogen werden. Im November 2015 fand dazu ein erster Dialog Jugendforschung in Salzburg zum Thema "Wählen mit 16" statt.

Aktivitäten der Politischen Bildung im weiteren Sinne

Zu den vielen weiteren Angeboten von Akzente zählte in den letzten Jahren auch das Projekt „Wissenschaf(f)t Verständnis. Interkulturelle Kompetenz & persönliches Potenzial stärken“. Dabei steht die Förderung von interkulturellen Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen im Fokus. Es werden Diskussionsmöglichkeiten geboten, um das gegenseitige Verständnis zu verbessern. Neben diesen Diskussionsveranstaltungen gibt es auch Workshops und Methodenkoffer. Jährlich finden außerdem zwei landesweite Treffen der SchulsprecherInnen in Salzburg sowie Bezirksbrunches im Pongau, Pinzgau, Lungau, Tennengau und Pongau statt. Konzipiert sind diese Treffen in erster Linie als Plattform für alle SchulsprecherInnen, um sich auszutauschen und mit ExpertInnen über aktuelle Themen zu diskutieren. Auch die Zukunft des Bildungssystems wurde zuletzt thematisiert.

Im Setting „Gemeindeforum“ geht es um verschiedene Fragen, die auch mit Politik zu tun haben. Was macht eine Gemeinde lebenswert und wie können BürgerInnen mitreden und Vorschläge machen? Die Veranstaltungsreihe "Geht's guad?" wurde mit dem Ziel gegründet, spezielle Gemeindeforen in die Gemeinden zu bringen, bei denen Jung & Alt zu Wort kommen können. So werden Wünsche direkt an die PolitikerInnen im kommunalen Bereich herangetragen, was die Handlungskompetenz fördert und als Erfahrungswissen einen wichtigen Beitrag zur politischen Bildung junger Menschen liefert. Pro Jahr werden etwa zwei Infoabende durchgeführt.

Akzente bietet zudem Jugendplattformen in Gemeinden an, damit Jugendliche mitreden können, wenn es um ihre Gemeinde geht. Das Projekt fördert Beteiligung und ermöglicht den Austausch zwischen Jugendlichen und politischen EntscheidungsträgerInnen sowie MultiplikatorInnen.

Im Projekt JEP „Junge engagierte Personen“ werden Jugendliche in ihrem sozialen Engagement in den Gemeinden gefördert. Sie erhalten außerdem einen Blick hinter die Kulissen der Gemeindepolitik. Junge GemeindebürgerInnen zwischen 12 und 16 Jahren können durch freiwilligen Einsatz in Seniorenwohnheimen, öffentlichen Bibliotheken, im Jugendzentrum oder in sonstigen Einrichtungen in ihrer Freizeit wertvolle Punkte kassieren. Pro Arbeitsstunde gibt's einen Punkt. Diese werden in einem Punktepass gesammelt und können auf der Gemeinde gegen Prämien eingetauscht werden. Junge Menschen erleben dabei, dass im Gemeinwesen nur etwas entsteht, wenn man auch etwas einbringt.

Das „Jugendforum“ ist eine kommunale Jugenddiskussionsveranstaltung, die je nach Bedarf stattfinden kann. Es ermöglicht Jugendlichen einer Gemeinde, Wünsche und Anregungen direkt an politische EntscheidungsträgerInnen zu richten. Jugendliche einer Gemeinde treffen sich dabei mit anderen Jugendlichen, um sich auszutauschen und Projekte auf die Beine zu stellen.

Auch das Projekt Start Up soll Jugendbeteiligung in der Gemeinde fördern. Es ist eine Ideenwerkstatt zum Mitreden, Mitbestimmen, Mitmachen von jungen Menschen in ihrer Gemeinde. „Start up!“ ist ein buchbares Angebot von akzente Salzburg und dem Biosphärenparkmanagement Salzburger Lungau. Jugendliche & GemeindevertreterInnen kommen an einem Tisch zusammen und besprechen, in welchen Bereichen der Gemeinde sich Jugendliche einbringen können. akzente Salzburg initiiert in Zusammenarbeit mit einer Gemeinde eine sog. „Start-up-Veranstaltung“. Zu dieser Ideenwerkstatt werden alle Jugendlichen im Ort zwischen 14 und 16 Jahren eingeladen. Um die Auftaktveranstaltung, sowie die geplante Vorgehensweise gut abzuklären, ist ein Vorgespräch mit der Gemeinde und dem Organisationsteam notwendig. Ziel ist neben dem Dialog die konkrete Umsetzung von jungen Ideen und hier ist besonderes Engagement der Gemeinde gefragt.

„Startet Euer Projekt“ ist eine Mikroförderung für Projekte von Jugendlichen des Bundesministeriums für Familien und Jugend und der Österreichischen Jugendinfos. Dabei stehen die Stärkung von Kreativität und Ei-

geninitiative junger Menschen und die Ermöglichung von Projekten im Mittelpunkt. Über diese Initiative werden österreichweit die besten Projektideen von Jugendlichen aus den Bereichen Soziales Engagement, Musik, Umwelt, Technik, Medien, Sport und Kultur mit bis zu 500 Euro unterstützt. Die akzente Jugendinfo führte im Auftrag des Bundesministeriums die Beratungsgespräche für Jugendliche im Bundesland Salzburg durch.

Die Jugendinfo-Workshops ermöglichen den Erwerb von Informations- und Handlungskompetenz. Für 2015 liegen Daten vor. Die akzente Jugendinfo hat 33 Workshops zu verschiedenen Themen wie "Safer Internet", "Auslandscheck" & "WIK:I- Kompetenzerwerb durch informelles Lernen" durchgeführt. Die Workshops wurden in Schulklassen und bei Jugendgruppen im Bundesland Salzburg durchgeführt. Insgesamt nahmen über 450 Jugendliche an den Workshops teil. Ein besonderes Anliegen ist es, die Workshops auch Jugendlichen außerhalb der Stadt Salzburg zugänglich zu machen, weshalb 10 Workshops in den Regionen abgehalten wurden.

Im Zuge eines Theaterprojekts konnten Jugendliche außerdem die Welt aus der Perspektive eines Flüchtlings wahrnehmen und setzten sich mit dessen Problemen und Schicksal auseinander. Die Veranstaltung wurde vom Referat für Jugend, Generationen, Integration unterstützt und gemeinsam von akzente Salzburg in Kooperation mit einer Einrichtung der offenen Jugendarbeit organisiert. Der Theaterverein MAZAB führte die ZuschauerInnen gedanklich aus einem zerbombten Europa in ein sicheres Ägypten, so wie der 14-jährige Protagonist, der inmitten von Asylantragsverhandlungen, Fremdenhass und Sprachbarrieren versucht ein halbwegs „normales“ Leben aufzubauen.

Spektrum

Der zweite große Verein, der sich in Salzburg der Jugendarbeit widmet, ist Spektrum. Spektrum ist eine Social Profit Organisation, die überparteilich und gemeinnützig im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe im Auftrag der Stadt Salzburg arbeitet. Ebenso wie Akzente bietet auch Spektrum ein vielfältiges Angebot an Politischer Bildung für Kinder und Jugendliche.

Mini-Stadt Salzburg

Mini-Salzburg ist eine Spielstadt für Salzburger Kinder und Jugendliche (7 bis 14 Jahre). Die TeilnehmerInnen organisieren ihre eigene Stadt und übernehmen Funktionen und Ämter. Sie treffen Entscheidungen und erproben so auf spielerische Weise, welche Prozesse und Strukturen in einer Stadt von Bedeutung sind. Die Salzburger Kinderstadt ermöglicht ihren TeilnehmerInnen viele Einblicke und Erkenntnisse. Im Rahmen der verschiedenen Aktivitäten lernen sie so über Kinderrechte, über Politik, Verwaltung, Partizipation usw. 2015 waren 7.000 Kinder und Jugendliche während der drei Wochen mit dabei, ca. 15.000 Tages-Eintrittsbänder wurden gelöst. Da die Veranstaltung alle zwei Jahre stattfindet, floss sie in die Berechnungen für 2016 zur Hälfte ein.

Im Bereich der Kinderrechte engagiert sich Spektrum ebenso und vergibt den Kinderrechtspreis gemeinsam mit Kija Salzburg und akzente Salzburg.

Aktivitäten der politischen Bildung im weiteren Sinne

Spektrum bietet außerdem eine Reihe von Workshops für Schulklassen an, die in den Bereich des Unterrichtsprinzips der Politischen Bildung fallen.

Der „Workshop Rückenwind – Gewaltpräventionsworkshop“ etwa befasst sich mit dem „Erleben von Grenzerfahrungen“, dem „Umgang mit Konfliktsituationen“ sowie mit der „Erarbeitung konkreter Lösungsvorschläge“ zum Thema Gewalt und Aggression. Spielerische und erlebniszentrierte Elemente wie Bungee Run oder das Piratennetz werden mit Rollenspielen angewandt. Videoaufzeichnungen erlauben eine anschließende Analyse und Diskussion. Der Workshop „Wir gestalten ein Magazin“ zielt auf Medienkompetenz ab. Hier können die Jugendlichen JournalistIn, GrafikerIn und HerausgeberIn in einer Person sein. Jedes Thema, das ihnen wichtig ist, kann hier verarbeitet werden. Am Ende steht ein eigenes und selbst produziertes Magazin. Der Workshop „Online Unterwegs“ behandelt das Thema Sicherheit für Kinder und Jugendliche bei der Benutzung des Internets. Die Kinder lernen hier spielerisch den sicheren Umgang mit PC + Internet, um so den neuen Herausforderungen gewachsen zu sein. Medien-

kompetenz steht hierbei im Fokus. Spektrum bietet auch künstlerische Workshops, die zur Persönlichkeitsbildung der Jugendlichen beitragen.

In den diversen Jugendzentren bzw. im KOMMunikationszentrum Berger-Sandhofer-Siedlung finden Aktivitäten der offenen Jugendarbeit statt, die für den Bereich der Politischen Bildung hochrelevant sind. Hervorzuheben sind hier etwa die geschlechtssensible Jugendarbeit, die Mädchentreffs oder Burschentreffs oder auch Girls Clubs oder Boys Club genannten Angebote, die in regelmäßigen Terminen stattfinden. Die Mitbeteiligung bei der Planung des Programms ermöglicht den jungen Mädchen und Burschen, Partizipation direkt zu erfahren und Rollenbilder zu hinterfragen. Im FS1 Spektrum Channel werden überdies Videoproduktionen gezeigt, die von Jugendlichen produziert werden.

Der i-Kult Treff entstand 2006 und ist eine gemeinsame Initiative des KOMM (Verein Spektrum) und des Kindergarten Kendlerstraße. Als Kooperationspartner fungiert das Bildungswerk Salzburg und das Integrationsbüro der Stadt Salzburg. Zielgruppe sind Frauen aus allen Nationen sowie Mädchen zwischen 10 und 17 Jahren und Kinder allgemein. 2016 nahmen 65 Frauen und über 70 Kinder aus vielen Nationen und mit 11 verschiedenen Muttersprachen teil. Informationen verschiedenster Art sowie interkultureller Austausch standen im Vordergrund. Neben Deutsch-, Selbstverteidigungs- und Computerkursen fand auch ein interkulturelles Gartenprojekt und offenes Lernen statt. Wie bereits erwähnt sind viele dieser Aktivitäten nicht als Politische Bildung im engeren Sinne zu betrachten. Sie wirken sich aber indirekt auf Kompetenzen der Individuen aus und werden hier teilweise kurz erwähnt, um das vielseitige Spektrum der Jugendarbeit zu würdigen.

Im Jahr 2016 fand zwar die Ministadt Salzburg nicht statt, dafür aber ein historisches Stadtspiel und ein Handwerksmarkt, der die TeilnehmerInnen ins 19. Jahrhundert zurückführte und wo die Kinder viel über die Stadtgeschichte erfuhren. Zum demokratie-relevanten und partizipativen Bildungsprogramm von Spektrum zählen außerdem noch Hausgestaltungen und Spielraumplanungsworkstätten, das Projekt Streusalz u.v.a.

Im Projekt „Let’s talk about my KOMM“ diskutieren die Jugendlichen und Kinder bei zahlreichen Besuchen von PolitikerInnen, Studierenden und JugendarbeiterInnen über Projekte und den Alltag.

Jugendbüro der Stadt Salzburg

Das Jugendbüro der Stadt Salzburg hat mehrere Angebote im Bereich der Politischen Bildung vorzuweisen. Im Rahmen des Ferienprogramms „Sommerpass und Ferienspiel“ gibt es einen Besuch der Stadtverwaltung und der Regierung im Schloss Mirabell, an dem 7 bis 14jährige Kinder (zwischen 10 und 50 Personen) teilnehmen. Im Rahmen einer Aktion „Politik ist KUHL“ besuchen Volksschulkinder die Stadtpolitik. Daran nehmen ebenso zwischen 10 und 50 Kinder teil. Exkursionen in den Gemeinderat finden darüber hinaus auch für andere Schultypen statt. Bei älteren Kindern und Jugendlichen gibt es dabei auch Diskussionen mit den JugendreferentInnen der politischen Parteien. Alle zwei Jahre (zuletzt 2016) findet außerdem der Salzburger Jugendkongress für 14 bis 18Jährige statt. Dieser ist ein Projekt des Jugendbüros der Stadt Salzburg, das gemeinsam mit akzente Salzburg, dem Verein Spektrum und anderen Einrichtungen ausgerichtet wird. In verschiedenen Workshops werden Themen bearbeitet, die das kritische Denken fördern sollen und gesellschaftspolitisch relevant sind. In etwa 200 Jugendliche nehmen daran teil. Zu den Themen zählen Partizipation und Demokratie, Europa, Toleranz u.a.

Das Jugendbüro richtet in Kooperation mit akzente Salzburg auch das Planspiel Newland aus.

Weitere Vereine der Jugendarbeit

In der Politischen Bildung von Kindern und Jugendlichen engagieren sich neben den genannten Social Profit Organisationen auch viele weitere Einrichtungen im Bundesland Salzburg.

Die Evangelische Jugend bietet jährlich Seminare zu Gremienarbeit an, an der ca. 20 Personen teilnehmen. Auch Fahrten zur KZ-Gedenkstätte Mauthausen werden angeboten. Bei größeren Seminaren oder Veranstaltungen können die TeilnehmerInnen oft unter verschiedenen Workshops auswäh-

len, die sich mit gesellschaftspolitischen Themen befassen, etwa mit Migration/Integration, Entwicklungsarbeit, Gender, Widerstand u.a. Bei ca. einem bis drei Workshops nehmen in etwa 50 Personen teil.

Die Pfadfinder vermitteln politisch relevante Bildung im Rahmen des Schwerpunkts „Verantwortungsbewusstes Leben in der Gemeinschaft“. Die Angebote umfassen regelmäßige Heimstunden mit den Kindern und Jugendlichen von 5 bis 18 Jahre. Außerdem gibt es Wochenendaktionen und Sommerlager, wo die Schwerpunktidee auf spielerische Weise vermittelt wird.

Die Landjugend Salzburg besucht jährlich den Salzburger Landtag und engagiert sich in der Vermittlung von gesellschaftspolitischen Aspekten. So wird auf Empowerment und Engagement in den Ortsgruppen und die Mitgestaltung des Gemeindelebens gesetzt. In Wettbewerben und Fortbildungsveranstaltungen sowie Kursen werden Aspekte der Politischen Bildung vermittelt. Des Weiteren findet jedes Jahr ein landesweites agrarpolitisches Seminar statt, bei dem verschiedene Themen aus dem Agrarbereich vorgetragen und diskutiert werden.

Neben den genannten gibt es weitere Vereine in Salzburger Gemeinden (Kulturvereine, lokale Jugendorganisationen), die mit Jugendlichen relevante Inhalte der Politischen Bildung bearbeiten, meist in einem weiteren Sinne und durch informelles Lernen. Ein Beispiel, das aus den vielen Angeboten anzuführen ist, ist der Verein Kristall in Hallein, ein Verein zur interkulturellen Begegnung, Bildung und Beratung. u.a.

Zusammengefasst kann für den Bereich der Jugendarbeit festgehalten werden:

- Ca. 2.300 Jugendliche in Salzburg haben 2016 Inhalte der Politischen Bildung über Jugendeinrichtungen erhalten.
- In TeilnehmerInnen-Zeiteinheiten sind dies ca. 10.700.
- Manche dieser Aktivitäten wurden in Kooperation mit Schulen, Kammern oder anderen Einrichtungen organisiert.

- Jugendeinrichtungen bieten insgesamt eine breite Palette an persönlichkeitsbildenden Maßnahmen an, die im weiteren Sinne auch für politische Bildung relevant sind, hier aber nur sporadisch genannt wurden.

2.5. Politische Bildung in der Frauenarbeit

In Salzburg gibt es einige Initiativen und Institutionen, die sich speziell der weiblichen Zielgruppe widmen. Auch wenn Politische Bildung auf den ersten Blick nicht augenscheinlich ist, wird sie implizit in den meisten Angeboten als Querschnittsthema mitgedacht und auch als solches vermittelt. Sei es der Selbstverteidigungsworkshop für Mädchen und junge Frauen, oder das Erlernen des Fahrradfahrens für Frauen mit Migrationshintergrund. Es geht meist um eine Stärkung des weiblichen Selbstbildes und darüber hinaus die Rolle der Frau in der Gesellschaft.

Lungauer Frauennetzwerk

Als explizites Angebot im Bereich Politische Bildung für Frauen kann der Lehrgang „*Frau gestaltet mit*“ vom „Lungauer Frauen Netzwerk“ genannt werden. Der erstmals im Land Salzburg durchgeführte Lehrgang ist für Frauen gedacht „die Verantwortung in Politik, Zivilgesellschaft, Interessensvertretungen und BürgerInnenbewegungen übernehmen wollen, oder dies bereits tun“ (Website Lungauer Frauen Netzwerk). Der einjährige Lehrgang startete im Herbst 2016 und endet im Dezember 2017. Derzeit befinden sich im Salzburger Lungau insgesamt 17 Gemeindevertreterinnen und eine Vize-Bürgermeisterin, Ziel ist die Erhöhung des Frauenanteils in politischen Entscheidungsgremien. Dabei soll dieser Lehrgang helfen. Die insgesamt 10 Module reichen von Konfliktmanagement, Öffentlichkeitsarbeit, Kommunikations- und Argumentationstrainings, wie z.B. „Stammischparolen – und wie gehe ich damit um?“, Vermittlung von Basiswissen zu Demokratie, Wahlrecht, den Grundprinzipien zu den Menschenrechten, der Gesetzgebung, dem Funktionieren von Kommunal- bis hin zur EU-Politik und den Handlungsmöglichkeiten als Gemeinderätin. Ein wesentlicher Schwerpunkt stellt auch die Auseinandersetzung mit dem eigenen

Zugang zu Macht, politischer Verantwortung, dem Gestaltungswillen der Teilnehmerinnen und den frauenspezifischen Anforderungen in der Politik, etwaigen Themenfallen und Rollenbildern dar. Die teilnehmenden Frauen sollen in ihrem Selbstbewusstsein gestärkt werden, um sich für ihre eigenen Ziele besser einzusetzen und sich „aufstehen trauen“, so die Leiterin des Lungauer Frauen Netzwerkes. Der Lehrgang bietet Wissensvermittlung und Kompetenzsteigerung über politische Prozesse, Demokratieverständnis und das Wissen über Beteiligungsmöglichkeiten. (vgl. Website Lungauer Frauen Netzwerk)

Das Lungauer Frauennetzwerk ist ein gemeinnütziger Verein. Die Basisfinanzierung des Lehrgangs erfolgt durch die „Österreichische Gesellschaft für Politische Bildung“, dem Land Salzburg – Referat 2/05 und durch die Teilnehmerinnen-Beiträge. Der Lehrgang startete auf Eigeninitiative des Lungauer Frauen Netzwerkes. Das Alter der Teilnehmerinnen liegt zwischen 25 und 53 Jahre. Insgesamt nahmen 2016/17 8 Teilnehmerinnen teil, der höchste Bildungsabschluss der Kursteilnehmerinnen ist ein Universitätsabschluss, die Frauen sind entweder Angestellte, Studierende, oder als selbständige Unternehmerinnen tätig. Die Module werden interaktiv und partizipativ als Workshops mit Vortragseinheiten gestaltet und dauern in der Regel ganz- bis mehrtägig. Die Möglichkeit neue Kontakte zu Frauen zu knüpfen und Vernetzungsmöglichkeiten zu schaffen ist ein weiteres Ziel, so die Leiterin des Frauen Netzwerkers, Heidemarie Fuchs aus Tamsweg. Die Teilnehmerinnen erhalten nach der erfolgreichen Belegung der einzelnen Module ein Zertifikat. 2017 starteten zwei weitere Lehrgänge zu „Frau gestaltet mit“ im Pongau und in der Stadt Salzburg und Umgebung, durchgeführt vom Verein Kokon und dem Verein Frau und Arbeit (Gespräch Heidemarie Fuchs, 19. 4. 2017).

Verein Viele

Der Verein Viele kann ebenso als spezieller Anbieter für Frauen genannt werden. Da die Arbeit des Vereins vorwiegend auf interkulturelle integrative Arbeit spezialisiert ist, wird es dazu im nächsten Kapitel zu Institutionen in der Integrationsarbeit eine nähere Beschreibung des Angebots geben.

Frauenbüro der Stadt Salzburg

Das Frauenbüro der Stadt Salzburg bietet seit einigen Jahren Stadtpaziergänge für Frauen an, bei denen sich die Teilnehmenden auf die Spuren bedeutender Salzburgerinnen machen. Im Jahr 2016 fanden insgesamt 8 Stadtpaziergänge zu den Themen, *Frauen und der Tod*, *Arme und alte Frauen*, *Arabisch-Deutsche Führung*, oder *Frauen abseits der Norm*. Dieses Angebot vermittelt zwar nicht explizit Politische Bildung, diese fließt jedoch je nach Themengebiet mit ein. (Gespräch Alexandra Schmidt, 24.4.2017)

Zusammengefasst kann im Bereich Institutionen der Frauenarbeiten folgendes hervorgehoben werden:

- An den politischen Bildungsangeboten von Institutionen in der Frauenarbeit haben insgesamt rund 30 Frauen teilgenommen.
- Somit können wir von 360 TeilnehmerInnen-Zeiteinheiten ausgehen.

2.6. Politische Bildungsarbeit von Institutionen im Bereich der Integration

Österreichische Integrationsfonds (ÖIF)

Das Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres (BMEIA) hat im Jahr 2016 *Werte- und Orientierungskurse* für Flüchtlinge und ZuwanderInnen eingeführt. Der Österreichische Integrationsfonds (ÖIF) organisiert dieses Angebot in ganz Österreich. Durchgeführt werden die Kurse in den regionalen ÖIF-Integrationszentren, den mobilen Beratungsstellen des ÖIF in Gemeinden und Regionen und kooperierenden Organisationen. In Salzburg sind das u.a. das Arbeitsmarktservice (AMS), die Diakonie und der Verein Viele.

Das Angebot bietet Unterstützung bei der Integration von Menschen, die nach Österreich gekommen sind und soll helfen „in die Mitte der österreichischen Gesellschaft zu gelangen“ (BMEIA: 8). Eine beigelegte Lernunterlage „Mein Leben in Österreich. Chancen und Regeln“, die auf der Broschüre „Zusammenleben in Österreich – Werte, die uns verbinden“ des Bundesministeriums basiert, bietet grundlegende Informationen. Die Kenntnis über die Grund- und Menschenrechte werden als „Basis für all diese Chancen und Möglichkeiten“ (ebd.), die uns in Österreich geboten werden, gesehen. Folgende Grund- und Menschenrechte werden genannt:

- Menschenwürde
- Gleichberechtigung für Mann und Frau
- Freiheit, das Leben so zu gestalten wie es ihm/ihr beliebt
- Demokratie
- Rechtsstaatlichkeit
- Aufteilung der Staatsmacht

(vgl. BMEIA: 8f)

Der gesamte Werte- und Orientierungskurs besteht aus insgesamt 7 Modulen. Die Teilnehmenden erhalten allgemeine Informationen über Österreich als demokratischer Bundesstaat, parlamentarische Republik und Mitglied der Europäischen Union. Es werden grundlegende historische, geographische und demographische Informationen zu Österreich vermittelt. Im historischen Teil liegt der Fokus auf dem Zweiten Weltkrieg und den daraus resultierenden Folgen für Österreich. Vor allem bezieht man sich auf die Konsequenzen die „aus dieser dunklen heit“ (BMEIA: 15) gezogen wurden.

Weitere Module widmen sich dem Stellenwert von Sprache und Bildung, Arbeitswelt und Wirtschaft, allgemeine Informationen zu Gesundheit und Gesundheitsvorsorge und Wohnen und Nachbarschaft (Ruhezeiten, Nachtruhe, Hausordnung etc.). Das einführende Modul zur Geschichte und Geographie Österreichs, Modul 6 *Prinzipien des Zusammenlebens* und Modul 7 *Vielfalt des Zusammenlebens – kulturelle Integration* können als explizites Angebot für Politische Bildung und Demokratiebildung betrachtet werden.

In dem Modul *Prinzipien des Zusammenlebens – rechtliche Integration* werden die in Österreich geltenden Regeln für das Zusammenleben gelehrt, welche in der österreichischen Verfassung festgeschrieben sind. Als Überthema fungiert die Menschenwürde durch Grund- und Menschenrechte. Besprochen werden die Freiheitsrechte, gesellschaftliche Verantwortung und Solidarität und die Bewahrung von Sicherheit durch Machtverteilung, Demokratie und Rechtsstaat. Das Modul *Vielfalt des Zusammenlebens – kulturelle Integration* behandelt das Verhältnis von Religion und Staat und die praktizierte Religionsfreiheit in Österreich. Ebenso werden die unterschiedlichen Formen von Familie und Zusammenleben vermittelt, von der klassischen Familie, bis hin zu Familien mit nur einem Elternteil und homosexuellen Partnerschaften. Auch das Thema „gewaltfreies Familienleben“ ist hier vertreten. Mit dem freiwilligen Engagement in Vereinen und Organisationen und den üblichen Gewohnheiten in Österreich schließt die Workshopreihe. (vgl. BMEIA)

Jedes der insgesamt sieben Module dauert 8 Stunden. Pro Workshop-Modul nehmen zwischen 8 und maximal 30 Personen teil. Die Unterrichtssprache aller Kurse ist Deutsch, jedes Workshop-Modul wird von geschulten Übersetzerinnen und Übersetzern in den Sprachen Arabisch und Farsi/Dari begleitet. Im Jahr 2016 haben insgesamt 14.041 Personen in Österreich diese Werte- und Orientierungskurse besucht, davon 650 Personen im Alter zwischen 19 und 60 Jahren in Salzburg.

Um Schwerpunktthemen intensiver zu behandeln bietet der ÖIF ebenso Vertiefungskurse an. Die teilnehmenden Personen können aus folgenden Schwerpunkten wählen:

- Arbeit und Beruf
- Frauen
- Gesundheit
- Umwelt und Nachbarschaft
- Kultur und Gesellschaft
- Polizei und Sicherheit.

Diese Vertiefungskurse werden ebenso mit KooperationspartnerInnen wie dem Arbeitsmarktservice, der Diakonie, oder dem Verein Viele abgehalten. 2016 haben insgesamt 250 Personen an insgesamt 13 Vertiefungskursen teilgenommen.

(vgl. Website Österreichischer Integrationsfonds/Jahresbericht)

Insgesamt waren 75% aller Teilnehmenden an den Werte- und Orientierungskursen und Vertiefungskursen in Salzburg männlich, 25 % weiblich. 42 % der Teilnehmenden im Jahr 2016 stammten aus Syrien, 32% aus Afghanistan, 10% Irak, 6% Iran, 2% Somalia und 8% aus andere Ländern. Die Tendenz der Teilnahmen ist stark steigend. (vgl. Website Österreichischer Integrationsfonds/Jahresbericht)

Dieses Bildungsangebot wird vom BMEIA finanziert. Die Teilnahme ist für Menschen mit Migrationshintergrund kostenlos.

Verein Viele

Der Verein Viele ist ein gemeinnütziger Verein in der Stadt Salzburg, der einen interkulturellen Ansatz verfolgt und sich vorwiegend Frauenanliegen widmet. Er versteht sich als interkulturelles Frauenzentrum und betreibt eine Familienberatungsstelle. Geboten wird unter anderem interkulturelle und multikulturelle Frauenarbeit, sozialpädagogische Beratung für Familien, Integrations-, Deutsch- und Alphabetisierungskurse, Kinderbetreuung für Kunden/Kundinnen und Kurse für den Pflichtschulabschluss für Menschen mit Migrationshintergrund. Letztgenanntes Angebot wird auch für Männer angeboten.

Dem Verein Viele ist es ein Anliegen, das Thema Politische Bildung und Inhalte zum gesellschaftlichen Zusammenleben in Österreich in allen Kursangeboten und Beratungssituationen mitzudenken und zu kommunizieren, so die Geschäftsführerin Gabriele Rechberger (Verein Viele). Es geht um die Vermittlung von Wissen darüber, wie das österreichische Solidarsystem in seinen Grundfesten und unser Sozial- und Rechtsstaat funktioniert. Dass die Attraktivität und Stabilität unseres Landes erhalten werden will, ist Thema in der täglichen Arbeit mit den Kunden und Kundinnen des Vereins Viele. Auf Basis von lebenspraktischen Beispielen soll die Eigenver-

antwortung und Selbstreflexion gefördert werden. Im Rahmen des *Pflichtschulabschluss-Programms* für Menschen mit Migrationshintergrund werden Politische Bildung und Demokratiebildung vorwiegend im Deutsch- und Geschichteunterricht thematisiert. (Gespräch Gabriele Rechberger, 8.6.2017)

Im Jahr 2016 haben TeilnehmerInnen des *Pflichtschulabschluss-Programmes* den Landtag im Chiemseehof besucht, ebenso werden punktuell Gemeinderäte/innen, oder Landtagsabgeordnete in den Unterricht eingeladen. Hier soll in erster Linie der Dialog mit Verantwortlichen aus der Politik gegeben sein. Auch soll aufgezeigt werden, dass politische EntscheidungsträgerInnen vor allem sehr viel Verantwortung haben, und die Macht und der Einfluss nicht vordergründig Thema der demokratiepolitischen Arbeit sind, so Rechberger.

In der siebenteiligen Workshopreihe „*Heimat? Österreich!*“, welche seit 2014 stattfindet, werden unter anderem die Entwicklung von Gemeinden und Regionen, die Werte einzelner Parteien, oder die Möglichkeiten von Partizipation vermittelt. Ein Modul zielt auf Medienkompetenz. Im Vordergrund steht hier die Förderung des kritischen Denkens mit Hilfe von Beispielen zu Fake News und dem Vergleich mit Meldungen etablierter Qualitätsmedien.

Die Dauer der insgesamt sieben Module ist unterschiedlich, mindestens jedoch 8 bis zu 20 Stunden.

Zusammenfassend kann folgende quantitative Abschätzung für die politische Bildungsarbeit von Institutionen im Bereich der Integration erfolgen:

- Rund 1176 Personen haben Angebote zu Politischer Bildung in Institutionen im Bereich Integration im Land Salzburg wahrgenommen.
- Daraus können rund 19.096 TeilnehmerInnen-Zeiteinheiten kalkuliert werden.
- 47 % der Teilnehmenden sind weiblich.

- Politische Bildung ist ein wesentlicher Teil der Integrationsarbeit und passiert, neben den konkreten Kurs- und Workshopangeboten sehr stark auf der persönlichen Beziehungsebene z.B. in Beratungsgesprächen in den jeweiligen Vereinen und Institutionen, oder im Rahmen von Sprachkursen und Betreuungsarbeit.

2.7. Politische Bildungsarbeit von Landtag und Gemeinderäten

Die Salzburger Politik und Verwaltung ist bemüht sich für die BürgerInnenenschaft zu öffnen und Einblick in ihre Arbeit zu gewähren. Hauptzielgruppe sind vorwiegend Jugendliche die, z.B. im Rahmen von Schul-exkursionen, den Landtag, den Gemeinderat, oder die Verwaltungsinstitutionen der Stadt Salzburg im Schloss Mirabell besuchen. Einige dieser Aktivitäten sind im Kapitel über Jugendarbeit bereits genannt worden. Hier werden sie noch einmal etwas ausführlicher erläutert.

Stadt Salzburg

Für die Stadt Salzburg ist vorwiegend das Jugendbüro in diesem Bereich aktiv. So können Kinder und Jugendliche im Alter zwischen 7 und 14 Jahren im Rahmen des Sommerferienprogramms „*Sommerspass und Ferienspiel*“ die Stadtverwaltung Salzburg, wie etwa das Meldeamt, oder das Standesamt und die Stadtregierung im Schloss Mirabell besuchen. VolksschülerInnen besuchten im Rahmen von „Politik ist KUHL“ die Stadtpolitik und Verwaltung.

Im Jahr 2016 hat eine AHS-Schulklasse den Gemeinderat der Stadt Salzburg besucht. Diese *Exkursion* bietet die Gelegenheit einer Gemeinderats-sitzung beizuwohnen und einen Austausch zwischen Schüler/innen und den JugendvertreterInnen der einzelnen Stadt-Parteien. (Gespräch Isabell Bojanovski/Jugendbüro, 12.3.2017)

Salzburger Landtag

Auch der Salzburger Landtag ist bemüht die Türen des Chiemseehofes für Bürger und Bürgerinnen zu öffnen. Der *Salzburger Jugendlandtag* ist ein Bildungs- und Partizipationsformat, zu dem sich der Landtag einmal jährlich verpflichtet. Die Veranstaltung ist mehrtägig und besteht aus Vortrag mit Diskussion, Workshop und dem Besuch des Landtages. Die Auswahl der Einladungsliste basiert auf einer Zufallsziehung aus dem Zentralen Melderegister (ZMR), nach zwei Altersgruppen (16-17 und 18-20), geschlechterparitätisch und mit mindestens zwei Kandidaten/innen pro Gemeinde. Diese neue Form des Jugendlandtages wurde im Jahr 2016 das erste Mal durchgeführt, 2017 hat bereits der insgesamt zweite Jugendlandtag in dieser Form stattgefunden. Im Jahr 2016 haben zwischen 49 Teilnehmer und Teilnehmerinnen zwischen 16 und 20 Jahren am Jugendlandtag teilgenommen, davon waren 27 männlich und 22 weiblich. Der größte Anteil ist bei den AHS/BHS Schüler/innen zu finden. (Gespräch Josef Hörmandinger, 30.3. 2017)

An einem Vorbereitungswochenende werden die Anträge mit den Anliegen der Jugendlichen formuliert. Die Themenpalette reicht von Bildung, Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Freizeit, Mobilität, Familie, Soziales und Naturschutz. Die Jugendlichen werden dabei von Experten und Expertinnen unterstützt. Die Landtagspräsidentin führt im Plenarsitzungssaal der Salzburger Landesregierung durch die Sitzung des Jugendlandtages und Mitglieder der Salzburger Landesregierung stehen für Fragen zur Verfügung. Der Landtag und die Landesregierung überprüfen die Vorschläge der Jugendlichen auf Umsetzungsmöglichkeiten. Als zusätzliches Angebot können die Jugendlichen an einem Workshop zu Demokratie und Mitbestimmung, durchgeführt von akzente, im Vorfeld des Jugendlandtages teilnehmen.

(vgl. Website Land Salzburg/Jugendlandtag)

Schulbesuchsprogramm

Im Rahmen des Schulbesuchsprogramms des Salzburger Landtages erhalten die Besucher und Besucherinnen in ca. 2-4 Stunden eine Einfüh-

rung in die politische Geschichte Salzburgs und erfahren, wie der Landtag funktioniert und aufgebaut ist. Zusätzlich wird ein Modul angeboten, in dem SchülerInnen den Landtagsabgeordneten, das sind meist die JugendsprecherInnen der einzelnen Fraktionen, begegnen. Hier werden individuelle Fragen zur Arbeit im Landtag und der Politik in Salzburg beantwortet.

Im Jahr 2016 haben insgesamt 726 Personen im Alter zwischen 6 und 24 Jahren an diesem Programm teilgenommen, davon 596 SchülerInnen und 130 Studierende. Von den insgesamt 596 SchülerInnen waren 204 von einer AHS, oder BHS, 164 BerufsschülerInnen, 118 VolksschülerInnen und 110 besuchten die Neue Mittelschule und den Polytechnischen Lehrgang.

Wirft man einen Blick auf die räumliche Herkunftsverteilung, so sind es 373 Teilnehmende aus Bildungseinrichtungen der Stadt Salzburg, 135 aus dem Pinzgau, 88 SchülerInnen aus dem Flachgau, 65 aus dem Pongau, 45 aus dem Lungau. 20 Teilnehmende besuchten eine Tennengauer Bildungseinrichtung. Die TeilnehmerInnen einer Neuen Mittelschule und eines Polytechnischen Lehrganges kamen ausschließlich aus dem Pongau (65) und dem Lungau (45), VolksschülerInnen hingegen ausschließlich aus der Stadt Salzburg (70) und dem Flachgau (48).

Jugendliche, die im Zuge des Besuches eines Vereins teilgenommen haben, sind hier nicht erfasst.

Fasst man die Ergebnisse aus den qualitativen Interviews zusammen, ergeben sich folgende Zahlen:

- Rund 830 Personen haben an Bildungsangeboten des Salzburger Landtages und der Stadt Salzburg teilgenommen, daraus ergeben sich 3000 TeilnehmerInnen-Zeiteinheiten.
- Rund 40 % der Teilnehmenden sind weiblich.
- Fast die Hälfte der Teilnehmenden sind aus der Stadt Salzburg, die andere Hälfte verteilt sich auf die einzelnen Salzburger Bezirke.
- Die Teilnehmenden sind vorwiegend SchülerInnen der AHS und BHS.

- SchülerInnen des Polytechnischen Lehrganges oder einer Berufsschule sind zu 100 % aus Bezirken außerhalb der Stadt Salzburg. (Gespräch Josef Hörmandinger, 30.3.2017)

2.8. Politische Bildungsarbeit von Kammern und Interessensvertretungen

Die Interessenvertretungen bieten diverse Veranstaltungen, Workshops u.ä. an, die in den Bereich der Politischen Bildung fallen.

Arbeiterkammer Salzburg

Die Kammer für Arbeiter und Angestellte bietet zum einen erwartungsgemäß vieles an, das Menschen auf die Berufswelt vorbereiten bzw. sie bei der Jobsuche unterstützen soll und im weitesten Sinne in den Bereich Politische Bildung fällt. Das Vortrags- und Workshopprogramm „Arbeitswelt und Schule“ sowie andere Veranstaltungen im Bereich „Berufsorientierung und Berufseinstieg“ sind genau diesem Zweck gewidmet. Allerdings gibt es auch konkrete Angebote im Bereich Politische Bildung, die häufig mit Schulen oder Jugendorganisationen durchgeführt werden.

Im Jahr 2016 bot die AK ein Rollenspiel zu Vorurteilen und zu Armut an. Titel der Veranstaltungen war „Ene meine meck, gehören „die“ nicht weg?“ und „...und raus bist du“. Die Angebote fanden in Kooperation mit Schulen statt. Im Spiel „Ene mene meck, gehören „die“ nicht weg?“ reisen die SchülerInnen in ein fiktives Land und haben die Aufgabe, diverse Probleme (Staatsschulden, Zuwanderung etc.) zu lösen. Sie schlüpfen dabei in verschiedene Rollen, u.a. Regierung, jugendliche ZuwanderInnen etc. Dabei werden Diskriminierung, Populismus oder die Suche nach Sündenböcken thematisiert. Ziel ist die Sensibilisierung für gesellschaftliche Prozesse und den Wert der Demokratie.

Im zweiten Workshop zum Thema Armut wird mit Jugendlichen über Ursachen und Folgen von Armut diskutiert. Auch die Einkommenverteilung, der Sozialstaat u.a. werden thematisiert. Zum Einstieg erarbeiten die SchülerInnen, welche Grundbedürfnisse für den Menschen relevant sind, wie

Armut und Reichtum in Österreich verteilt sind. Dann schlüpfen sie in unterschiedliche Rollen und erleben, was Teilhabe bedeutet und welche Ausschließungsmechanismen es gibt. Die Rollenspiele werden jeweils nachbesprochen.

Wirtschaftskammer Salzburg

Die Wirtschaftskammer Salzburg ist in der Vermittlung von politisch relevanter Bildung vor allem auf Basis von Vorträgen aktiv. Dahingehend wurden etwa von Mag. Helmut Eymannsberger Vorträge zu den Themen EU-Handelspolitik, Freihandelsbeziehungen, TTIP, CETA und große Freihandelsräume gehalten, v.a. vor Wirtschaftstreibenden und Fachpublikum. Auch an Schulen wurden zwei- bis dreistündige Vorträge angeboten, und zwar je zwei an den Handelsakademien in Oberndorf und Neumarkt mit einer durchschnittlichen TeilnehmerInnen-Zahl von 50 Personen. In Kooperation mit dem Salzburg Centre of European Union Studies wurde im Rahmen einer Österreichisch-Russischen Sommerschule an der Edmundsburg ein Halbtage zum Thema „Österreichische Wirtschaftspolitik und EU-Handelspolitik“ ausgerichtet.

Neben diesen Aktivitäten im Bereich der Politischen Bildung wurden weitere Vorträge und Experteneinschätzungen vor unterschiedlichen Zielgruppen gegeben. Darunter befanden sich im Jahr 2016 etwa SchulsprecherInnen, VertreterInnen der Salzburger Industrie, UnternehmerInnen aus Salzburg und Südtirol, GemeinderätInnen und Bürgermeister aus Salzburger Gemeinden oder Studierende. Das Themenspektrum reichte dabei von konkreten Wirtschaftsfragen wie dem Aufbau von Startups-Unterstützungssystemen oder Breitband im Bundesland Salzburg über zukunftsorientierte Standortfragen Salzburgs im europäischen Vergleich bis hin zu aktuellen Fragen der Wirtschaftspolitik.

Österreichischer Gewerkschaftsbund Salzburg

Der Österreichische Gewerkschaftsbund Salzburg veranstaltete 2016 diverse Seminare mit politisch relevanten Inhalten, auch wenn nicht alle im engeren Sinne in den Bereich der Politischen Bildung fallen. Zu erwähnen

sind hier die Themen „Neues aus dem Sozialrecht“ sowie Seminare zu Kommunikationsfragen.

Von der Gewerkschaftsschule Salzburg wurde ein Lehrgang mit 21 TeilnehmerInnen gestartet, bei dem es u.a. um Empowerment, Minderheiten oder die Zukunft der Gewerkschaften ging. Neben arbeitsplatznaher Beratung wurde außerdem eine Veranstaltungsreihe mit dem Titel ÖGB-Kino eingeführt, bei der politische Inhalte wie Globalisierung, Finanzpolitik u.a. eine Rolle spielen.

Zusammengefasst kann festgehalten werden:

- Etwa 560 Personen wurden von den Kammern bzw. dem Gewerkschaftsbund erreicht.
- TeilnehmerInnen-Zeiteinheiten der Politischen Bildung betragen in etwa 2.600.

2.9. Politische Bildungsarbeit von Einrichtungen im Kontext der Europäischen Integration

Außerhalb der klassischen Erwachsenenbildung gibt es für die Information und Diskussion über die Europäische Integration eigene Einrichtungen, deren Tätigkeit zum Teil der Politischen Bildung zugerechnet werden muss. In Salzburg gibt es dazu das Verbindungsbüro Salzburgs bei der Europäischen Union in Brüssel, das EU-Bürgerservice des Landes mit der Initiative „Europa in den Schulen“ sowie den Europe-Direct-Informationszentren (EDIC) in Salzburg und Bischofshofen.

Das Verbindungsbüro Salzburgs begrüßt regelmäßig BesucherInnengruppen aus Salzburg zu Vorträgen in Brüssel. Pro Jahr sind dies in etwa 20 Gruppen. Den größten Anteil stellen Schulklassen, daneben gab es Gruppen der Universität, der Sozialpartner und der Gemeinden. Pro Gruppe können 20 bis 50 Personen gerechnet werden, so dass mit etwa 700 erreichten Personen gerechnet werden kann.

Im Jahr 2016 wurden über die Initiative „Europa in Salzburgs Schulen“ durch das EU-Bürgerservice und das dort angesiedelte Europe Direct Informationszentrum Salzburg ca. 50 Vorträge, Workshops, Podiumsdiskussionen oder ähnliches an Salzburgs Schulen oder anderen Bildungseinrichtungen durchgeführt. Dabei wurden ca. 1.500 Jugendliche erreicht. Erwähnenswert sind die Aktivitäten rund um das Thema Migration und Flüchtlingskrise, daneben gab es Diskussionen mit je ca. 150 Jugendlichen zum Thema Brexit und der Gestaltung der Zukunft der EU. Daneben gab es zwei EU-Förderworkshops, einen zu EU-Kulturförderungen, und einen zu EU-Förderungen für Gemeinden.

Der EDIC in Bischofshofen führte sechs Veranstaltungen durch. Dazu gehörten eine Veranstaltung zur Bedeutung der Fluchtbewegungen für Europa, eine zur europäischen Förderkulisse, ein Europe Poetry Slam sowie eine für Europa-Gemeinderäte, Insgesamt erreichte man 175 Personen.

- Die wichtigste erreichte Gruppe in der EU-Information durch Bildungsveranstaltungen waren 2016 Schülerinnen und Schüler. Daneben werden vor allem Personen aus dem Bereich von Politik, Verwaltung sowie UnternehmerInnen, die mit der EU (und deren Förderregime zu tun haben) erreicht. Wir gehen von 2.500 erreichten Personen und rund 3.000 TeilnehmerInnen-Zeiteinheiten aus. Wichtig ist dabei festzuhalten, dass etwa 1.000 dieser Einheiten innerhalb des Schulunterrichts anfielen und daher auch dort gezählt werden.

3. Zielgruppenerreichung

An dieser Stelle ist erneut klarzustellen, dass in dieser Studie auf keinen Fall alle Formen der Auseinandersetzung mit Politik umfasst. Politisch bildet man sich durch private Gespräche, durch Konsum von Medien, durch Mitarbeit direkt in politischen Institutionen und durch private Reflexion. Politische Bildung wird hier im Sinne der (von institutionellen Anbietern) intendierten Politischen Bildung gesehen.

Die von uns erhobenen Daten zur Politischen Bildung im Land Salzburg zeigen einige Dinge sehr deutlich.

- Im Land Salzburg ist im Jahr 2016 jeder vierte Bürger bzw. jede vierte Bürgerin mit Politischer Bildung konfrontiert gewesen.
- Von diesen rund 140.000 Personen erfuhren 90 Prozent diese politische Bildung im Schulsystem. Damit zeigt sich die zurzeit überragende Bedeutung der Schule als institutionalisierte Vermittlerin. Sieben Prozent der TeilnehmerInnen an Politischer Bildung taten dies bei Institutionen der Erwachsenenbildung. Die verbleibenden drei Prozent verteilen sich auf Universitäten, Fachhochschulen, Bildungseinrichtungen für MigrantInnen und Einrichtungen für Bildung zum Thema Europäische Integration.
- Das Ausmaß der politischen Bildung ist freilich sehr unterschiedlich. Manche der 140.000 Personen nahmen an einer einzigen Veranstaltung teil, andere belegten viele Kurse, zum Beispiel im Rahmen eines Studiums der Politikwissenschaften. Um dies zu greifen, sprechen wir von TeilnehmerInnen-Zeiteinheiten (TN-ZE). Darunter verstehen wir die Anzahl der Zeiteinheiten (in der Regel eine knappe Stunde, wie sie an Schulen und ähnlich in der Erwachsenenbildung gemessen wird) an Politischer Bildung, die angeboten wurden und multiplizieren diese mit der Anzahl der TeilnehmerInnen. Ein Beispiel: Wenn man in einer zweistündigen Veranstaltung 200 Personen erreicht, ergibt dies 400 TeilnehmerInnen-Zeiteinheiten bei 200 Personen. Wenn 2 Personen in einem Jahr 100 Stunden an Kursen besuchten, ergibt dies hier den gleichen Wert. Nach erreichten Personen ergibt sich ein Verhältnis von 200 zu 2, nach TeilnehmerInnen-Zeiteinheiten aber der Wert 400 zu 400. Auch nach der Kalkulation

nach TeilnehmerInnen-Zeiteinheiten ergibt sich die überragende Bedeutung des Schulsystems. Gut drei Viertel der Politischen Bildung wird hier erfahren. Aufgrund der Intensivität der Auseinandersetzung stellt der Tertiäre Sektor mit einem Fünftel der Politischen Bildung den zweiten Rang. Nur rund zwei Prozent der TN-ZE werden in der Erwachsenenbildung kalkuliert. Diese erreicht zwar viele Personen, allerdings in der Regel nur für kürzere Angebote.

- Die intensivste politische Bildung bieten Studien und Lehrgänge im tertiären Bildungswesen. Gut 1.000 Studierende in Salzburg besuchen dieser Kategorie zuzuordnende Ausbildungen mit durchschnittlich mehr als 1.200 Stunden an politischer Bildung.
- Im Schulsystem erfahren Schülerinnen und Schüler nach unseren Kalkulationen, die sowohl Lehrpläne als auch eine realistische Einschätzung des Unterrichtsprinzips „Politische Bildung“ berücksichtigen, knapp 50 Stunden pro Jahr einschlägige Auseinandersetzungen.
- Die Erwachsenenbildungseinrichtungen erreichen mit Veranstaltungen zu politischen Themen etwa 4.500 Personen pro Jahr für jeweils kurze Zeitspannen. Sie bieten aber auch Politische Bildung im Rahmen von beruflichen Qualifikationen an, wo die Intensität höher ist. Und schließlich stellten wir die Bedeutung der Deutschkurse (auch) für die Vermittlung von Wissen über das politische System fest und konstatieren hier eine relevante Stundenanzahl pro Person zu politischen Themen.
- Die hier weiters untersuchten Angebote durch die Jugend- und Frauenarbeit, die MigrantInnen-Organisationen, die demokratischen Einrichtungen und die auf die EU-spezialisierten Stellen spielen eine bedeutende Rolle für ihre jeweiligen Zielgruppen. Die Reichweite der Angebote ist bemerkenswert, die Dauer der Beschäftigung mit Politik pro Person allerdings ist aufgrund des Charakters der Arbeit gering.

Anteil an den erreichten verschiedenen Personen



Anteil an den TeilnehmerInnen-Zeiteinheiten



Legende: EB=Erwachsenbildung. Ju=Jugendarbeit. EU=EU-Bildungsangebote. U=Universität. I=Interessensvertretungen und Kammern, LG= Landtag und Gemeinderat

3.1. Altersgruppen

Nach Altersgruppen betrachtet ergibt die Analyse des Angebots eine starke Konzentration auf die jüngeren Bevölkerungsschichten, insbesondere auf Kinder und Jugendliche zwischen 10 und 18 Jahren. Durch das Unterrichtsprinzip „Politische Bildung“, das für alle Schultypen und alle Altersstufen gilt sowie entsprechende Unterrichtsfächer zur Politischen Bildung erfährt diese Gruppe einen Großteil des Angebots, das es im Bundesland Salzburg gibt.

Hinzu kommen Aktivitäten in der Jugendarbeit verschiedener Vereine und Organisationen, die das schulische Angebot erweitern und ergänzen.

Ob und wie das in diesem Zusammenhang wichtige Unterrichtsprinzip ausgefüllt und gelebt wird, lässt sich empirisch nur schwer nachvollziehen. Erfahrungsberichte und Fallbeispiele legen nahe, dass es sehr von den einzelnen Schulen, deren LeiterInnen und letztlich von den LehrerInnen in den Klassen abhängt, wie viel und was geboten wird. Die Bandbreite scheint dabei sehr groß. Manche Klassen/Schulen haben ein sehr großes Angebot an Aktivitäten im Rahmen des Unterrichtsprinzips. Andere haben hingegen kaum ein solches. Zur Erinnerung: In dieser Studie wird von einer zeitlich eher mäßigen Umsetzung des Unterrichts-Prinzips ausgegangen und quantitativ mit einer Stunde wöchentlich pro SchülerIn gerechnet.

Nach dem 18. Lebensjahr erfährt nur mehr eine kleine Gruppe von Personen ein hohes Maß an Politischer Bildung, nämlich jene, die an Universitäten und Fachhochschulen entsprechende Angebote studieren.

Von rund 7,5 Millionen TeilnehmerInnen-Zeiteinheiten in der Politischen Bildung entfallen fast 78 Prozent auf die Altersgruppe bis zum 18. Lebensjahr. Bis zum Ende des Studiums, das in der Regel deutlich vor dem 30. Lebensjahr ist, sind 99 Prozent der Zeiten „konsumiert“. Denn in Relation zu der die ganze Breite eines Jahrganges abdeckenden Politischen Bildung in den Schulen, erreicht die Erwachsenenbildung mit ihren politischen Angeboten nur einen vergleichsweise kleinen Teil jeder Generation. 40.000 TeilnehmerInnen-Zeiteinheiten pro Jahr durch die Erwachsenenbildung sind einerseits eine massive organisatorische Leistung, andererseits

entspricht dies nur einem Prozent der gesamten TeilnehmerInnen-Zeiteinheiten.

3.2. Gender

Die Gleichstellung von Mann und Frau ist ein wichtiges gesellschaftspolitisches Thema. Die Politische Bildung erreicht in Salzburg gleich viele Frauen wie Männer.

Speziell im schulischen und tertiären Bildungsbereich und in der Jugendarbeit ist die Verteilung relativ ausgewogen. Die Geistes- und Gesellschaftswissenschaft, welche vorwiegend die Politische Bildung in der universitären Lehre abdecken, ist weiblich dominiert. Dies spiegelt sich auch in den Zahlen in unserem Zusammenhang wider: 52 % der Erreichten sind weiblich.

Weiterbildungsangebote werden jedoch häufiger von Männern in Anspruch genommen: ein Blick auf die Erwachsenenbildung und dem Angebot der Kammern sind knapp zwei Drittel der Teilnehmenden an politischen Bildungsangeboten männlich.

Der Frauenanteil im Bereich der Politischen Bildung in der Integrationsarbeit, ist unbedeutend geringer als der Anteil männlicher Teilnehmer, hier leistet der *Verein Viele* wertvolle Arbeit. Der Frauenanteil bei Angeboten des Österreichischen Integrationsfonds beträgt ca. ein Viertel, was dem Anteil an weiblichen Asylwerbenden im Bundesland Salzburg entspricht.

3.3. Bildungskarrieren

Umso länger man sich in Bildungseinrichtungen aufhält, desto mehr Politische Bildung erfährt man. Wenn man einschlägige Ausbildungen (v.a. an der Universität) wählt, hat man ein Vielfaches an Information als andere. Diese Sachverhalte liegen auf der Hand.

Der Zusammenhang von Bildungskarrieren und dem Zugang zu Politischer Bildung ist seit langem ein Thema und das Schulsystem hat darauf reagiert.

Nicht der Schultyp führt zu deutlichen Unterschieden im Zugang, sondern die Dauer des Schulbesuchs.

Der geringe Unterschied nach Schullaufbahn bis zum Ende der Schulpflicht ergibt sich daraus, dass zum einen fast alle Kinder die Volksschule besuchen und die dort vermittelte Politische Bildung erfahren. Zum zweiten ist auch das Stundenausmaß in der AHS-Unterstufe und der Neuen Mittelschule vergleichbar.

Zwischen den Schultypen nach dem Ende der Schulpflicht bis zum 18. oder 19. Lebensjahr gibt es Unterschiede. Zu bedenken ist aber das überall gültige Unterrichtsprinzip. Die durchschnittliche Anzahl der Einheiten für Politische Bildung liegt unseren Berechnungen nach zwischen 80 und 100 Einheiten pro Jahr im Bereich von Berufsbildenden Mittleren Schulen, Berufsbildenden Höheren Schulen und der AHS. In Berufsschulen ist der Wert immer noch mit etwa 50 Stunden zu veranschlagen.

Eine ganz andere Dimension an politischer Bildung erfährt man freilich, wenn man nach der Matura zusätzlich einschlägige Fächer studiert. Ein Jahr des Studiums der Politik entspricht mehr Stunden der Auseinandersetzung mit dem Thema, als die gesamte politische Bildung der Person bis zur Matura.

Der Zusammenhang der Dauer der Ausbildung mit dem Ausmaß der Politischen Bildung wird zu einem kleinen Teil bei nachholenden Schul- oder Berufsausbildungen kompensiert, die von Erwachsenenbildungseinrichtungen angeboten werden.

Die Einrichtungen außerhalb der formalisierten Ausbildungswege wirken unterschiedlich in Relation zur Vorbildung

Die expliziten politischen Diskussionen der Erwachsenenbildungseinrichtungen erreichen einen kleineren Kreis von der Regel überdurchschnittlich Vorgebildeten. Die MigrantInneneinrichtungen erreichen Personen mit geringer Bildung, auch die vermittelten Inhalte der Politischen Bildung in den Deutschkursen für MigrantInnen wirken zugunsten geringer Vorgebildeter. Andere Angebote wie jene zu Frauenthemen, zur Europäischen

Integration und der explizit im Sinne der Politischen Bildung durchgeführten Jugendarbeit verhalten sich nicht antizyklisch. Die offene Jugendarbeit leistet dies.

Von rund 7,5 Millionen Teilnehmer-Zeiteinheiten in der Politischen Bildung entfallen mindestens 95 Prozent auf Einheiten innerhalb von umfassenderen Ausbildungen an Schule, Universität oder nachholender Ausbildung in Erwachsenenrichtungen.

3.4. Migrationshintergrund und Nicht-Deutsche Muttersprache

In der öffentlichen Debatte wird regelmäßig gefordert, dass neue Bürgerinnen und Bürger die Werte und Funktionsweise des Zusammenlebens in Österreich und die deutsche Sprache erlernen sollen. Im Kern besteht breite Zustimmung, dass Asylberechtigte und andere Zuwandernde Politische Bildung erhalten sollen. Tatsächlich wird in Salzburg sehr viel in diese Richtung unternommen. Jede vierte Einheit an Politischer Bildung betrifft diese Gruppe.

Zum überwiegenden Teil ist es auch in diesem Bereich das Schulsystem, das Politische Bildung vermittelt. Etwa 70% der Politischen Bildung (in TeilnehmerInnen-Zeiteinheiten) für Migratinnen und Migranten wird in der Schule geboten. Proportional ist die aktive Umsetzung des Unterrichtsprinzips „Politische Bildung“ dabei für die Schülerinnen und Schüler ohne deutsche Muttersprache sehr wichtig. Der Grund liegt darin, dass diese Gruppe proportional früher aus dem Schulsystem aussteigt und dadurch proportional mehr Jahre explizite Politische Bildung in Fächern erfährt. Berücksichtigt die Schule das Prinzip nicht (im angenommenen Ausmaß von einer Stunde pro Schulwoche), fallen sofort mehr als die Hälfte der Erfahrungen in Politischer Bildung weg.

Sehr viel höhere Bedeutung als bei Personen ohne Migrationshintergrund haben die Einrichtungen der Erwachsenenbildung. Knapp 4% der Politischen Bildung für Personen mit Migrationshintergrund werden von dieser Gruppe geleistet, im Vergleich zu nur einem Prozent bei den anderen.

Ein Sonderfall ist der tertiäre, überwiegend universitäre Bereich. Hier wird von einer vergleichsweise kleinen Gruppen von Gaststudierenden eine Vielzahl von Stunden an Politische Bildung im Rahmen von einschlägigen oder verwandten Studien konsumiert. Dies macht aber auch immerhin rund 20 Prozent der konsumierten Einheiten Politischer Bildung aus.

Dabei stießen wir auf das besondere Phänomen der Politischen Bildung durch die Kurse „Deutsch als Zweitsprache“. Wenn man der eindeutig mehrheitlichen Meinung der Unterrichtenden folgt, werden in diesen Kursen Fragen des Zusammenlebens in Österreich, der Werte und der Demokratie sehr häufig als Gesprächsthema behandelt und dabei vermittelt. In dieser Studie haben wir ein Sechstel der Zeit der Kurse als Politische Bildung gesehen. Aufgrund der Fülle der Kurse kamen wir dabei zu sehr hohen Gesamtzahlen. Auch bei Veränderungen der Einschätzung, welcher Anteil der Politischen Bildung zugeordnet werden sollte, bleibt die massive Bedeutung des Bereichs. Dies legt freilich nahe, dass den SprachlehrerInnen eine sehr hohe Bedeutung bei der Politischen Bildung zukommt.

Die Institutionen, die vordringlich im Integrationsbereich arbeiten, sind fachlich von Bedeutung, das quantitative Ausmaß der hier geleisteten Politischen Bildung ist allerdings dem vermittelten politischen Wissen in Deutschkursen zu vergleichen. Gut 1.000 BesucherInnen bei Kursen von Institutionen der Integrationsarbeit stehen 5.000 BesucherInnen bei Sprachkursen gegenüber.

Wichtig ist auch die Jugendarbeit und dies, obwohl wir den sehr wichtigen Teil der Politischen Bildung, der in der offenen Jugendarbeit geleistet wird, in unserer quantitativen Darstellung ausgeblendet haben.

Die allgemein festgestellte massive Dominanz der Schulbildung für die Politische Bildung legt natürlich ein Problem offen: Wer in Österreich keine Schule besucht hat, der hat bereits mehr als 2/3 des Inputs an Politischer Bildung in Österreich verpasst. Hinzu kommt eine qualitative Unsicherheit in der Analyse, die dadurch entsteht, dass man trotz Lehrplänen und Erfahrungsberichten nicht systematisch evaluieren kann, wie hoch die Qualität des Angebots in Politischer Bildung tatsächlich ist.

4. Niveau der Politischen Bildung in Salzburg

Erinnerlich hat diese Studie drei große Teile. Wir begannen mit der erstmaligen Zusammenstellung der Angebote und der Nutzung der Politischen Bildung durch verschiedene Institutionen. Dieser erste Teil beinhaltete auch die Bestimmung, welche Bevölkerungsgruppen in welchem Ausmaß durch die Politische Bildung erreicht werden.

Bevor wir zum dritten großen Teil, konkreten Empfehlungen für die Weiterentwicklung der Politischen Bildung in Salzburg kommen, geht es in diesem zweiten Abschnitt um die Bestimmung des Niveaus an politischer Bildung in der Bevölkerung.

Um jedenfalls eine Verbindung zu anderen Studien und deren Wissensgewinnen zu sichern, orientieren wir uns auch in diesem Bereich am Kompetenzmodell nach Krammer. Es wurde bereits in Kapitel eins eingeführt. Die Kernbereiche sind *Politische Urteilskompetenz*, *Politische Handlungskompetenz*, *Politikbezogene Methodenkompetenz* und *Politische Sachkompetenz*.

Wie aber ist das Ausmaß der Bildung in diesen Bereichen festzustellen? Dieser Frage widmeten wir uns bereits zu Beginn dieses Projekts. Nach einem Gespräch mit WissenschaftlerInnen und PraktikerInnen wurde festgehalten „(...), dass an der Operationalisierung der Kriterien des Kompetenzmodells Politische Bildung noch international gearbeitet wird. Eine direkte, präzise Anwendung dürfte die Ressourcen des Projekts zumindest zeitlich übersteigen. Wichtig wäre, den Fokus zu schärfen und nicht die volle Breite des Kompetenzmodells in das Messen von politischer Bildung einfließen zu lassen.“ (Protokoll 29.9.2016)

Da es für die Operationalisierung des Kompetenzmodells kein ausdiskutiertes Modell gibt, ist die hier vorgenommene Form natürlich vorläufig und muss in den kommenden Jahren durch weitere Anwendungen weiterentwickelt werden. Mit dieser Studie wollen wir den „Fokus schärfen“. Die Ressourcen erlaubten weiters nicht, flächendeckende allumfassende Tests vorzunehmen. Auch die Kalibrierung der Ergebnisse in Gruppen ist erstmalig und Gruppengrößen können nicht an sich interpretiert werden, sondern

vor allem in Relation zu anderen Gruppengrößen. Besonders interessant wird es sein, die Größen nach weiteren Studien im Zeitlauf zu vergleichen.

Nach Durchführung unserer Umfrage konnten wir feststellen, dass unsere Vorgangsweise sehr plausible Ergebnisse brachte. Unter den hier ausgeführten Einschränkungen sehen wir die in der Folge vorgestellten Ergebnisse als sehr gute Grundlage für die Weiterentwicklung der Politischen Bildung in Salzburg.

Als Partner des quantitativen Teils der Studie wurde das Institut für Grundlagenforschung gewählt. Die Befragung fand vom 25.07.2017 bis 23.08.2017 statt. Die Stichprobengröße betrug $n=1200$, die Auswahl erfolgte nach dem Quotenverfahren. Der Anteil der telefonischen Interviews (CATI) betrug 743 oder 61,9%, der Anteil Onlinebefragung 457 oder 38,1%. Die Grundgesamtheit war die Bevölkerung im Bundesland Salzburg ab 16 Jahre. Bei $n=1200$ beträgt die Schwankungsbreite 2,8 Prozent (bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 5%). Die Ergebnisse sind gewichtet um ein möglichst präzises Bild der Salzburger Bevölkerung wiederzugeben.

Zur Bestimmung der politischen *Urteilskompetenz* (v.a. die Fähigkeit selbstständig Urteile zu treffen und fremde Urteile zu hinterfragen) entschieden wir uns eine Selbstbeurteilung durch die Befragten durchzuführen. Wir differenzierten dabei nach den Ebenen des politischen Systems - von der Gemeinde bis zur internationalen Sphäre. Dieser Selbstbeurteilung stellten wir fünf sehr vereinfachende Aussagen über die Politik zur Seite (z.B. „Der österreichische Staat kann über nichts alleine und souverän entscheiden.“ „Die EU ist in Wirklichkeit eine Diktatur.“) Damit versuchten wir zu bestimmen, wie groß der Anteil der Salzburger Bevölkerung ist, der diesen Aussagen weitgehend zustimmt. Den Befragten stand für fünf Aussagen ein jeweils zehnstufiges Skalenmodell zur Verfügung, sodass bei voller Zustimmung zu allen fünf Vereinfachungen insgesamt 50 Punkte erreicht wurden). Wer im Durchschnitt jedes Mal 7 von zehn Punkten an Zustimmung erteilte, wurde der Gruppe der Personen mit hoher Neigung zu Vereinfachung zugerechnet. Im Kompetenzmodell wird dieses Erkennen unzulässiger Vereinfachungen als ein wichtiger Aspekt der Arbeitswissens gesehen.

Auch bei der politischen *Handlungskompetenz* entschieden wir uns, mit einer Selbstbeurteilung durch die Befragten zu beginnen. Wir differenzier-ten dabei nach den Ebenen des politischen Systems von der Gemeinde bis zur internationalen Sphäre. Danach wurden die Handlungserfahrungen mit verschiedenen Beteiligungsformen abgefragt. Da diese bei jungen Men-schen naturgemäß niedriger ausgeprägt sind, fragten wir weiter nach der Bereitschaft, Beteiligungsformen zu nutzen. In der Auswertung wurden diese Angaben unterschieden in einerseits traditionellen Formen wie Wah-len, Parteimitgliedschaft und Bereitschaft zur Kandidatur sowie anderer-seits alternative Beteiligungsformen. Dazu gehörten die Beteiligung an BürgerInneninitiativen, Demonstrationen u.v.a.m.

Die politikbezogene *Methodenkompetenz* versuchten wir durch drei Fakto-ren zu bestimmen. Wir versuchten festzustellen, welche Personen mehre-ren Aussagen zustimmten, obwohl sich diese widersprachen. Wir fragten, wie bestimmte journalistische Formen zu verstehen sind. Und schließlich legten wir nach Vorstellung eines statistischen Faktums richtige und fal-sche Interpretationen vor, die es zu erkennen galt. Wer von fünf mögli-chen Fehlinterpretationen oder Widersprüchen höchstens einen aufwies, dem wurde hohe, wer drei oder mehr auswies, dem wurde niedrige Me-thodenkompetenz attestiert.

Die politische *Sachkompetenz* wurde schließlich durch acht Sachfragen getestet. Wer weniger als die Hälfte richtig beantwortete wurde der Grup-pe der Personen mit niedriger Sachkompetenz zugeordnet, wer höchstens eine falsch hatte, der Gruppe mit hoher Sachkompetenz.

Die Zuordnung zu den Gruppen mit hoher, mittlerer und niedriger Kompe-tenz erfolgte in der Regel so, dass niedrige Kompetenz dann ausgewiesen wurde, wenn weniger als die Hälfte der Fragen richtig, bei Beteiligungen weniger als ein Viertel der Möglichkeiten genutzt würden.

In der folgenden Darstellung kommt es nach der allgemeinen Darstellung des Niveaus der politischen Bildung in Salzburg zu einer Analyse im Hin-blick auf die Frage, welche gesellschaftliche Gruppen in Salzburg ein nied-

riges Niveau der politischen Bildung aufweisen, da dies für die Weiterentwicklung der Politischen Bildung wichtig sein wird.

4.1. Übersicht über das Niveau der politischen Bildung in Salzburg

Land Salzburg	Hoch	Mittel	Niedrig
Urteilskompetenz	46%	20%	34%
Keine Bevorzugung der einfachen Erklärung	43%	36%	21%
Handlungskompetenz	39%	12%	49%
Handlungserfahrung mit alt. Beteiligungsformen	43%	32%	25%
Handlungsbereitschaft mit alt. Beteiligungsformen	73%	16%	11%
Methodenkompetenz	37%	34%	29%
Sachkompetenz	31%	40%	29%

Da es keine vergleichbaren Studien aus anderen Staaten oder früheren Jahren gibt, ist es nicht möglich, alle Ergebnisse unserer Untersuchungen in internationale oder zeitliche Relationen zu setzen. Eine Bewertung muss also in Anlehnung an Idealvorstellungen politischer Bildung erfolgen und kann daher nur vage bleiben. Für eine Demokratie ist jedenfalls wichtig und mehr als nur wünschenswert, dass eine stabile Mehrheit der Bevölkerung ein hohes Maß an Politischer Bildung vorweisen kann. Dies ist in Salzburg nicht der Fall.

Der Gesamtüberblick über die Kompetenzen der SalzburgerInnen zeigt zwar ein differenziertes Bild. Unterteilt nach den verschiedenen Teilbereichen des Kompetenzmodells der Politischen Bildung fällt aber auf, dass in keinem Bereich mehr als die Hälfte eine hohe Kompetenz aufweist. Am besten schneiden die SalzburgerInnen noch bei der *Urteilskompetenz* ab,

die bei 46 % als hoch einzustufen ist, aber gleichzeitig bei 34 % als niedrig. Etwa 20 % bewegen sich auf mittlerem Niveau. Es bestätigt sich dabei deutlich, dass sich die eigene Beurteilung der Urteilskompetenz verschlechtert mit der Entfernung der Politikebene. So sehen sich auf Gemeinde-Ebene noch 83 % als sehr gut oder gut in der Lage, die Situation einzuschätzen, während dies auf der Landesebene nur mehr für 76%, für die Bundesebene für 67 %, für die EU-Ebene für 45 % und die internationale Politik für 43 % gilt.

Einfache Erklärungen werden von 21 % bevorzugt. Für 36 % gilt dies zum Teil, die restlichen 43 % denken in komplexeren Zusammenhängen. Anders formuliert: 57 % der SalzburgerInnen neigen entweder sehr oder zumindest eher zur Vereinfachung. Dies wird anhand der Mittelwerte auf einer zehnteiligen Skala noch deutlicher. Die Aussage, dass die Welt von einer Handvoll mächtiger Personen im Hintergrund regiert würde, erreicht einen Mittelwert von 7,5, jene, dass man den Medien nicht vertrauen kann einen Mittelwert von 6,7. Bei 6,5 liegt der Mittelwert bei der Aussage, dass Österreich nicht souverän entscheiden könne und immer noch deutlich über 5 bei den Aussagen, dass Österreich nur eine Marionette der Banken und die EU eine Diktatur sei. Diese Zahlen bestätigen deutlich, dass ein starker Trend zur Vereinfachung sowie eine latente Anfälligkeit für Verschwörungstheorien in der Salzburger Bevölkerung bestehen.

Die *Handlungskompetenz* der SalzburgerInnen ist lediglich bei 39 % als hoch einzustufen, hingegen bei fast der Hälfte (49 %) als niedrig. Etwas besser steht es um die Handlungserfahrungen. Verschiedene Beteiligungsformen, also nicht nur die Teilnahme an Wahlen, haben 43 % bereits genutzt. Für 73 % ist es grundsätzlich vorstellbar, sich über Wahlen hinaus auf unterschiedliche Art politisch zu engagieren, auch wenn sie das bis dato noch nicht gemacht haben. Demonstrationen werden allerdings nur von 30 % ernsthaft in Erwägung gezogen, was im internationalen Vergleich eher bescheiden ist. Gleichzeitig lehnen über 10 % der Bevölkerung alternative Handlungsoptionen insgesamt ab.

Die *Methodenkompetenz* der SalzburgerInnen liegt im mittleren Bereich. Bei 37 % ist sie hoch, bei weiteren 34 % mittel. Fast 30 % sind aber auch hier als niedrig einzustufen.

Die *Sachkompetenz* tendiert noch etwas mehr zur Mitte hin. Bei jeweils ca. 30 % ist sie hoch oder niedrig, bei der relativen Mehrheit von 40 % als mittel einzuordnen. Besonders auffällig ist, dass 35 % der SalzburgerInnen glauben, der Bundeskanzler würde direkt gewählt werden.

4.2. Altersgruppen

Hier wurde klar, dass in der Politischen Bildung manche Kompetenzen *angesammelt werden* und andere sich aus *gewonnenem Verständnis* ergeben. Sachwissen und Handlungserfahrung wird gesammelt. Handlungsbereitschaft, Selbstvertrauen zu urteilen, Methodenkompetenz und Skepsis gegenüber Vereinfachungen werden gewonnen.

Bei der Ansammlung von Wissen müssen die Jungen zwangsläufig nachhinken, weil sie ganz einfach vergleichsweise weniger Zeit dazu hatten: Unsere Studie zeigt, dass der Anteil der Personen mit niedriger politischer Bildung in älteren Gruppen geringer ist als unter jungen. Bei grundsätzlichen Fakten liegen Junge unter 30 bei vielen Antworten eher daneben als ältere Personen. Und wenig überraschend haben Junge auch weniger Erfahrung mit politischem Handeln. Keine besseren Werte habe Ältere aber bei anderen Kategorien. Junge sind vergleichbar bereit, sich zu beteiligen; vergleichbar überzeugt, Urteile treffen zu können und neigen sogar weniger zur Vereinfachung als Ältere. Zu den Details:

Fast die Hälfte aller über Sechzigjährigen (49 %) sehen sich imstande, politische Sachverhalte oder Zusammenhänge auf Gemeinde-, Länder-, Bundes und internationaler Ebene zu beurteilen (*Urteilskompetenz*). Bei Personen zwischen dem 30. und 59. Lebensjahr sind es rund 45 %. 43 % sind es bei den unter 29-Jährigen.

Knapp ein Viertel der 30 bis 59-Jährigen verfügen über eine hohe Neigung zur Vereinfachung von politischen Zusammenhängen, etwa in Fragen der

Objektivität und Unabhängigkeit der Medien, dem Verhältnis zwischen Politik und Finanzwelt und den demokratischen Strukturen der Europäischen Union. Am wenigsten tendieren die unter 29-Jährigen zu einfachen Erklärungen.

Zur *Handlungskompetenz*: Ebenso jede/r zweite unter 29-Jährige fühlt sich wenig bis gar nicht imstande, die eigene Meinung auf Gemeinde-, Länder bis hin zur EU-Ebene und internationaler Politik zu vertreten, dies trifft auch auf mehr als jede/n zweiten über Sechzigjährigen zu (54 %), 44 % sind es bei den 30 bis 59-Jährigen. Zwischen 30 und 40 % aller Altersgruppen schätzen hingegen ihre Kompetenz, die eigene Meinung zu vertreten, als hoch ein.

Bei der Inanspruchnahme alternativer Beteiligungsformen, wie Teilnahme an Demonstrationen, öffentlichen Diskussionen, BürgerInneninitiativen und Formen der direkten Demokratie, bis hin zum Verfassen von Leserbriefen und dem Boykott bestimmter Konsumprodukte liegt die Altersgruppe der 30- bis 59-Jährigen ganz vorne, jede/r Zweite hat mindestens fünf dieser Instrumente der Beteiligung zumindest einmal benützt. Ähnlich verhält es sich bei den über Sechzigjährigen (49%). Hingegen nur jede/r fünfte unter 29-Jährige weist diesbezüglich hohe Handlungserfahrung auf, rund 48 % der jüngsten Altersgruppe haben bisher höchstens zwei Beteiligungsformen genützt.

Die Bereitschaft alternative Beteiligungsformen zu nützen ist bei allen Altersgruppen relativ hoch, am höchsten bei den 30 bis 59-Jährigen, hier geben über 80 % an, in Zukunft alternative Formen der Beteiligung anwenden zu wollen. Dies behaupten auch 70 % der über Sechzigjährigen und immerhin knapp 60 % der jüngsten Altersgruppe bis 29 Jahre. Wenig Bereitschaft, sich zukünftig alternativ zu beteiligen, zeigt etwas mehr als jede/r Fünfte der unter 29-Jährigen.

Im Bereich der *Methodenkompetenz* (Verständnis der Fragen und Deutung statistischer Angaben, Kenntnis über journalistische Textsorten) ist eine ungefähre Gleichverteilung festzustellen: ungefähr ein Drittel der jüngsten Altersgruppe weist eine hohe Methodenkompetenz auf. Am stärksten ist

diese Gruppe im Bereich der mittleren Methodenkompetenz vertreten, hier wurden pro Frage drei richtige Antworten gegeben, wiederum knapp ein Drittel verfügt über eine niedrige Methodenkompetenz.

Über die höchste *Methodenkompetenz* verfügen laut Umfrage die 30- bis 59-Jährigen (43 %), doch immerhin jede/r Dritte dieser Altersgruppe verfügt über eine niedrige Methodenkompetenz. Bei der Gruppe der über Sechzigjährigen ist die Kompetenzverteilung in etwa gedrittelt.

Blickt man auf Unterschiede der Altersgruppen, so führt in Bezug auf das vorhandene *Sachwissen* die Gruppe der 30 bis 59-Jährigen und die über 60-Jährigen, rund 75 % beider Altersgruppen verfügen über ein hohes und mittleres Sachwissen. Fast jede zweite Person der unter 29-Jährigen verfügt hingegen über ein niedriges Sachwissen.

Kompetenzformen	Bis 29	30 bis 59	60 und älter
Niedrige Urteilskompetenz	36%	33%	34%
Bevorzugung der einfachen Erklärung	15%	24%	21%
Niedrige Handlungskompetenz	50%	45%	55%
Niedrige Handlungserfahrung mit alt. Beteiligungsformen	47%	17%	21%
Niedrige Handlungsbereitschaft mit alt. Beteiligungsformen	22%	5%	13%
Niedrige Methodenkompetenz	29%	25%	34%
Niedrige Sachkompetenz	45%	25%	25%

4.3. Gender

Die Repräsentation von Frauen in der Politik ist nach wie vor gering. Im Europaparlament lag ihr Anteil 2016 bei 37 Prozent, im Nationalrat bei rund 30 Prozent, in den österreichischen Landtagen bei 32 Prozent. In Salzburg beträgt der Frauenanteil 2016/17 im Landtag 36 Prozent. Es gibt fünf Bürgermeisterinnen in den Salzburger Gemeinden, österreichweit liegt der Anteil der Bürgermeisterinnen an der Gesamtzahl bei knapp sechs Prozent.

Dieses sehr männliche Gesicht der Politik spiegelt sich kaum im Niveau der Politischen Bildung wieder. Zwar messen wir auch hier höhere Werte bei Männern, der Unterschied ist jedoch eklatant geringer als in der politischen Repräsentation und könnte leicht mit dem männlichen Bild der Politik, das für Frauen abschreckend wirken kann, erklärt werden.

Folgende Tabelle gibt einen Einblick, der die Erkenntnisse nachvollziehbar macht. Während der Frauenanteil bei Wahlerfahrung, direkter Demokratie usw. nahe 50 Prozent ist, schrumpft der Anteil, je näher man der Mandatsvergabe im formalen politischen System kommt.

Frauenanteil in Bereichen der Politik bzw. Politischen Bildung	Anteil
Anteil der Frauen in Landtagen und im Nationalrat	31%
Anteil der Frauen unter den Personen, die sich bereits einer Wahl stellten	35%
Anteil der Frauen in Parteien	36%
Anteil der Frauen an den Personen mit hoher politischen Sachkompetenz	41%
Anteil der Frauen an Personen mit hoher politischer Methodenkompetenz	47%
Anteil der Frauen an hoher Handlungsbereitschaft in direkter Demokratie	49%
Anteil der Frauen an aktiven WählerInnen	50%

40 Prozent der Frauen trauen sich zu, auf vier von fünf Ebenen von der Gemeinde bis zur internationalen Politik des politischen Systems politische Sachverhalte oder Zusammenhänge zu *beurteilen*. Genauso viele trauen sich das höchstens auf zwei der fünf Ebenen, zumeist nur in der Gemeinde und in der Landespolitik zu. Bei Männern ist das Verhältnis 50 zu knapp 30 Prozent.

Eine deutliche Präferenz zu sehr einfachen Allgemeinurteilen über politische Zusammenhänge konnten wir bei rund 20 Prozent der Frauen feststellen, bei Männern war diese Gruppe gleich groß.

Sich ins politische System einzubringen (*Handlungskompetenz*) dürfte für knapp die Hälfte der Frauen (rund 40%) kein großes Problem sein. Sie meinen, dass sie in der Lage sind, auf (fast) allen Ebenen der Politik, ihre Meinung zu vertreten. Etwa die Hälfte der Frauen sieht hier bei weniger als der Hälfte der Ebenen keine Möglichkeit. Die Werte sind bei Männern vergleichbar.

Wenn sich Frauen einbringen, tun sie innerhalb der traditionellen Formen. 94 Prozent der Frauen haben sich schon gewählt. Das entspricht dem Wert bei den Männern. Die Möglichkeit von Parteimitgliedschaften wird von ihnen aber kaum genutzt. Nur 15 Prozent der Frauen waren oder sind Parteimitglieder. Nur 10 Prozent haben sich bereits einmal zur Wahl gestellt. Hier ist der Unterschied zu den Männern eklatant. Das Niveau an Parteimitgliedschaften ist bei Männern fast doppelt so hoch, zu kandidierten ebenfalls.

Bei alternativen Formen der Beteiligung haben etwa 40 Prozent der Frauen und 45 Prozent der Männer schon Erfahrungen mit einer Vielzahl von Formen. 30 Prozent haben diese Formen und 20 Prozent der Männer kaum genutzt. 70 Prozent können sich aber eine intensive Beteiligung hier vorstellen. Nur rund 15 Prozent haben das nicht vor. Bei Männern ergibt sich ein Ähnliches Bild von 75 zu 8 Prozent.

Bei der *Methodenkompetenz* wurde dem Erkennen von widersprüchlicher Interpretation, dem Verstehen von Statistiken und dem Wissen über journalistische Formen nachgespürt. Jede dritte Frau (35%) interpretierte und kombinierte die Fakten weitgehend richtig, ein Viertel antwortete bei weniger als der Hälfte der Fragen richtig, die Werte bei den Männern lagen bei 40 Prozent hoher Methodenkompetenz bzw. 31 Prozent niedrig.

Bei fachlichen Fragen die wir zur *Sachkompetenz* zusammengefasst haben, hat jede vierte Frau sieben oder acht der Fragen richtig beantworten können. Jede Dritte allerdings gab bei weniger als der Hälfte der Fragen die richtige Antwort. Bei Männern ist diese mit 37 zu 20 Prozent etwas besser aus der Sicht der Politischen Bildung.

In unserer Annäherung finden wir eine geringfügig höhere Bedeutung der Investition in die Politische Bildung von Frauen als von Männern. Der Anteil der Frauen, die in den Kategorien eines niedrigen Niveaus der Kompetenzen eingeordnet wurden liegt bei einem guten Drittel. Bemerkenswert, dass gerade in der Frage der Methodenkompetenz der Anteil der Männer mit niedrigen Ergebnissen höher war. Dies ist der Bereich, in dem Fähigkeiten gefordert sind, die nicht direkt politischen Bezug haben (erkennen von Widersprüchen, verstehen von medialen Formen und Statistiken) oder Artikulationsbereitschaft in der Politik betreffen.

Kompetenzformen	Frauen	Männer
Niedrige Urteilskompetenz	39%	28%
Bevorzugung der einfachen Erklärung	22%	19%
Niedrige Handlungskompetenz	51%	47%
Niedrige Handlungserfahrung mit alternativen Beteiligungsformen	29%	21%
Niedrige Handlungsbereitschaft mit alternativen Beteiligungsformen	14%	8%
Niedrige Methodenkompetenz	27%	31%
Niedrige Sachkompetenz	36%	21%

4.4. Bildungskarrieren

Je länger eine Person Bildung in Anspruch nimmt, desto mehr Politische Bildung erfährt diese. In der Unterstufe eines Gymnasiums und einer Neuen Mittelschule ist das Ausmaß an Zeiteinheiten, die an Politischer Bildung konsumiert werden ähnlich. Ab Abschluss der Pflichtschule kann ein quantitativer Unterschied zwischen Gymnasium, Fachschule und Berufsschule festgestellt werden. Personen, die als höchste abgeschlossene Ausbildung „Pflichtschulabschluss“ angaben und jene mit einem Lehrabschluss erfahren daher am wenigsten Politische Bildung.

Die Ergebnisse sind überwältigend klar. Umso höher das Bildungsniveau, desto höher das Niveau der politischen Bildung in der Gruppe. Einerseits war dies natürlich zu erwarten, aber dass es sich ausnahmslos in allen Bereichen in der entsprechenden Rangfolge widerspiegelt, war überraschend. Auch die Größe des Unterschieds war bemerkenswert. Niedrige Sachkompetenz haben nur (aber immerhin) 11 Prozent der Uni bzw. FH-AbsolventInnen aber 51 Prozent der PflichtschulabgängerInnen. Bei der (weniger direkt von Bildungsinhalten abhängigen) Handlungsbereitschaft lag die Differenz auch noch bei 3% zu 34%.

Dies schlägt sich auch in den unterschiedlichen Niveaus bei den Kompetenzen nieder. So schätzen 47% der Personen mit Pflichtschulabschluss als höchster Ausbildung und 40% jener mit Lehrabschluss ihre eigenen Fähigkeiten in der Einschätzung politischer Sachverhalte oder Zusammenhänge als niedrig ein, hingegen lediglich jeder Fünfte mit Hochschulabschluss. FachschulabsolventInnen und Personen mit Matura als höchste abgeschlossene Ausbildung liegen bei 31-36% eher im Mittelfeld (*Urteilskompetenz*).

Nur jede/r zehnte HochschulabsolventIn neigt zu einer hohen Vereinfachung politischer Zusammenhänge in Verbindung mit Wirtschaft und Medien, 60 % dieser Gruppe verfügen hier über eine geringe Neigung. Die meisten Personen mit einer hohen Neigung einfachen Erklärungen Glauben zu schenken sind in der Gruppe mit Lehrabschluss (28%) und AbsolventInnen einer Fachschule (25%) zu finden, bei den Pflichtschulabsolven-

Innen ist es jede/r Fünfte. Fast jede zweite Person mit Matura (47%) neigt kaum bis gar nicht zu Vereinfachungen und somit zu einer hohen *Urteilskompetenz*.

Zur *Handlungskompetenz*: Mehr als jede/r zweite HochschulabsolventIn (54%) sieht sich imstande die eigene Meinung zu politischen Themen zu vertreten. Hingegen glauben 66% der PflichtschulabsolventInnen nicht daran, 30% sehen sich dazu in der Lage. Mehr als die Hälfte (57%) der FachschulabsolventInnen neigen dazu, ihre Meinung nicht gut bis gar nicht vertreten zu können, ähnlich ist dies bei Personen mit einem Lehrabschluss (52%).

HochschulabsolventInnen neigen am meisten dazu sich insgesamt politisch zu beteiligen, mit rund 62% führt diese Zielgruppe bei unserer Befragung, gefolgt von Personen mit Matura als höchstem Bildungsabschluss (49%), FachschulabsolventInnen (40%) und BürgerInnen mit Lehrabschluss (37%). Lediglich 18% mit Pflichtschulabschluss zeigen ein hohes Beteiligungsverhalten insgesamt.

Blickt man auf die einzelnen Beteiligungsformen ergibt sich folgendes Bild: Fast jede/r HochschulabsolventIn (99,6%) gab an, bereits an Wahlen teilgenommen zu haben. Doch auch 80% der Personen mit Pflichtschulabschluss zeigten ein aktives Wahlverhalten. Rund 96% sind es bei den restlichen Zielgruppen nach Bildungsniveau.

Mehr als jede/r zweite HochschulabsolventIn nahm bereits an einer Demonstration teil, hingegen nicht mal jede/r Fünfte von jenen mit Pflichtschul- und Lehrabschluss, knapp jede/r Vierte mit Fachschulabschluss und jede/r Dritte mit Matura.

Bei der Frage ob jemand bereits an einer Diskussion in Sozialen Medien teilgenommen habe, bejahten 38 % der Personen mit Pflichtschulabschluss, mit Hochschulabschluss und Matura 43%, im Mittelfeld liegen hier die FachschulabsolventInnen und Personen mit Lehrabschluss (je 26%).

Die wenigsten Teilnahmen an BürgerInneninitiativen weisen deutlich PflichtschulabsolventInnen mit 7% auf, die meisten wiederum Akademike-

rInnen (45%), rund jede/r Dritte mit Lehr-, Fachschul- und Maturaabschluss hat bereits an dieser Form der Beteiligung aktiv teilgenommen.

Handlungsbereitschaft, sich zukünftig politisch in verschiedensten Formen zu beteiligen, zeigen am ehesten jene mit dem höchsten Bildungsniveau (Matura und Hochschulabschluss), zwischen 81 und 86% können es sich ebenso vorstellen, wobei nicht mal jede/r Zweite mit Pflichtschulabschluss diesbezüglich eine Bereitschaft zeigt. Zukünftig zumindest an Wahlen teilzunehmen ist jedoch für 70% der letztgenannten Gruppe vorstellbar. Auffallend wenige mit Lehre als höchstem Bildungsabschluss zeigen hier Bereitschaft: nicht mal jede/r Zweite möchte sich an Wahlen beteiligen (46%).

Im Hinblick auf die Deutung statistischer Angaben, Erkennen von Widersprüchen und die Kenntnis über journalistische Textsorten (*Methodenkompetenz*) weisen mehr als die Hälfte aller AkademikerInnen (58%) eine hohe und knapp ein Drittel eine mittlere Methodenkompetenz auf. Bei der Gruppe mit Matura sind es etwas weniger. Mehr als jede/r Dritte mit Pflichtschul-, Fachschul- und Lehrabschluss verfügen diesbezüglich über eine geringe *Methodenkompetenz*.

Eine hohe und mittlere *Sachkompetenz* im Bereich Politischer Bildung (Wissen über Tätigkeiten der Regierungen auf National- und EU-Ebene, Anwendung direktdemokratischer Instrumente) weisen 89 % der AkademikerInnen und 75 % der Personen mit Matura (75%) auf. Mehr als jede/r Zweite mit Pflichtschulabschluss verfügt hier über eine niedrige Sachkompetenz. FachschulabsolventInnen und Personen mit Lehrabschluss liegen im Mittelfeld.

Kompetenzformen	Pflichtschule	Beruf/Lehre	Fachschule	Matura	Uni/FH
Niedrige Urteilskompetenz	47%	40 %	36 %	31%	19%
Bevorzugung der einfachen Erklärung	20%	28%	25%	18%	11%
Niedrige Handlungskompetenz	66%	52%	57%	44%	34%
Niedrige Handlungserfahrung mit alternativen Beteiligungsformen	53%	27%	27%	20%	12%
Niedrige Handlungsbereitschaft mit alternativen Beteiligungsformen	34%	12%	14%	5%	3%
Niedrige Methodenkompetenz	35%	40%	33%	21%	14%
Niedrige Sachkompetenz	51%	35%	32%	25%	11%

4.5. Migrationshintergrund

Die repräsentative Befragung von 1.200 in Salzburg lebenden Personen umfasst etwa 100 Menschen, die nicht in Österreich geboren sind. Aus statistischen Gründen ist diese Zahl zu gering, um valide Aussagen über diese Gruppe zuzulassen. Bestenfalls kann daraus eine vorsichtige Tendenz abgeleitet werden.

Die Ergebnisse zeigen kaum nennenswerte Unterschiede im Antwortverhalten. Das heißt aus der Befragung kann nicht abgeleitet werden, dass es grundlegende Unterschiede zwischen in Österreich geborenen und im Ausland geborenen Personen in deren politischen Kompetenzen gäbe. Aufgrund der genannten statistischen Probleme kann aber auch das Gegenteil nicht ausgeschlossen werden.

Die Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund ist weiter zu untergliedern. Es ist anzunehmen, dass Menschen, die in EU-Staaten wie Deutschland ihre Schulbildung absolvierten, eine ähnliche Form Politischer Bildung durchlaufen haben wie autochthone ÖsterreicherInnen, dass ihnen jedoch spezifische Kenntnisse des österreichischen politischen Sys-

tems in ihrem Heimatland nicht vermittelt wurden. Manch andere EU-Staaten haben eine sehr schwach ausgeprägte Vermittlung von Politischer Bildung in Schulen (vgl. Website Eurydice). Insgesamt gibt es kein europaweit gleichwertiges schulisches Lernen von Demokratie, geschweige denn einen gemeinsamen Lehrplan oder auch nur einen Konsens darüber, was vermittelt werden sollte (vgl. Europarat 2010).

Noch schwieriger ist die Einschätzung der Politischen Bildung von Personen, die aus EU-Drittstaaten nach Österreich zugewandert sind. Allerdings werden diesen durch diverse Integrationskurse zentrale Inhalte Politischer Bildung in Österreich vermittelt, wodurch sie nicht selten auf einem relativ hohen Niveau anzusiedeln sind. AsylwerberInnen oder Asylberechtigte holen in vielen Fällen über eine Erwachsenenbildungseinrichtung einen Hauptschulabschluss oder sogar die Matura nach. Dabei erfahren sie wesentliche Inhalte Politischer Bildung. Hinzu kommen Angebote von Vereinen (etwa der Verein VIELE o.a.), die sich darauf spezialisieren, u.a. politisch relevante Bildungs-Angebote für MigrantInnen zu offerieren und deren politische Kompetenzen zu stärken.

Trotz einer Vielzahl an Initiativen lässt sich empirisch in Bezug auf Menschen mit Migrationshintergrund kein verlässliches Gesamtbild ableiten. Die Annahme, dass diese prinzipiell geringere politische Kompetenzen mitbringen, lässt sich ebenso wenig nachweisen wie eine gegenteilige Einschätzung. Zur Klärung dieser Frage wäre daher weitere Forschung nötig.

5. Relation zwischen Politischer Bildung und politischer Bildung

Der massive Überhang der Politischen Bildung in den jungen Jahren konnte eindeutig gezeigt werden. Im Niveau der politischen Bildung spiegelt sich das bedingt wieder: Schon die unter 30-jährigen haben ein ähnliches Kompetenzniveau wie die anderen Altersgruppen. Es gibt eine Ausnahme: Mit den Jahren sammelt man ein immer größer werdendes Sach- und Arbeitswissen an. Urteils-, Handlungs- und Methodenkompetenz verändern

sich hingegen kaum. Bemerkenswert: In den Jahren der intensiver erlebten politischen Bildung ist der Hang zur Vereinfachung bei einer kleineren Gruppe präsent als in späteren Jahren.

Männer und Frauen erhalten in Salzburg ein vergleichbares Ausmaß an Politischer Bildung. Wir hatten ein beinahe identes Ausmaß an TeilnehmerInnen-Zeiteinheiten gemessen. Im Niveau der politischen Bildung fanden wir aber Unterschiede. Umso mehr ein Kompetenzbereich sich der realen politischen Beteiligung näherte, desto deutlicher wurde der Vorsprung der Männer. Zur Illustration: Während Frauen bei den Methodenkenntnissen über dem Niveau der Männer liegen, trauen sie sich weniger Urteilsfähigkeit zu. Es liegt nahe, den Unterschied nicht aus dem Ausmaß der politischen Bildung zu erklären, sondern aus einer männlichen Dominanz der Politik.

Die Politische Bildung in Salzburg erfolgt in ganz überwiegendem Ausmaß in den Schulen. Umso länger man Schulen besucht, desto mehr Politische Bildung erfährt man. Wer studiert, hat weiter Zugang und sammelt Wissen. Das spiegelt sich wenig überraschend im Niveau der politischen Bildung wieder. Der Zusammenhang in unseren Zahlen ist aber eindeutig.

Zum Zusammenhang zwischen Migrationshintergrund und politischer Bildung hatten wir uns entschieden, sehr zurückhaltend zu argumentieren. Unsere Zahlen legten keine dramatischen Unterschiede zwischen dieser Gruppe und der Durchschnittsbevölkerung nahe. Dies unterstrich aber vor allem den heterogenen Charakter dieser Gruppe, die eine Bandbreite von AnalphabetInnen bis zu Post-Graduate-Gaststudierenden umfasst. Angebotsseitig konnte gezeigt werden, dass es relevanten Input an Politischer Bildung gibt. Wichtig festzuhalten ist, dass der Zeitpunkt der Zuwanderung entscheidet über das Ausmaß der in Österreich erhaltenen Politischen Bildung. Institutionelle Kompensationen durch Kurse, in der nachholenden Schul- und Berufsausbildung und im Sprachunterricht haben bereits ein bemerkenswertes Niveau, kompensieren die verpassten Zeiten aber nicht.

Im Kontrast zwischen den aufgewendeten Zeiten für Politische Bildung und dem Niveau der politischen Bildung ergeben sich für uns folgenden

Spannungsverhältnisse, die in den kommenden Monaten ausgearbeitet werden müssen:

Unsere Zahlen zeigen die massive Bedeutung des Unterrichtsprinzips Politische Bildung. Wie kann gesichert werden, dass diese Ressource unabhängig von individuellen Präferenzen und sozio-ökonomischen Bedingungen, optimal genutzt werden?

Unsere Zahlen weisen auf das Problem hin, dass die Frauen zwar im selben Ausmaß Politische Bildung erfahren. Umso näher Kompetenzen aber der persönlichen Einbringung in die Politik kommen, sinkt das Niveau der erfolgreichen Aneignung. Wie kann ein Klima erzeugt werden, das Frauen unterstützt, diese letzten Hürden zur verstärkten politischen Beteiligung zu nehmen?

Unsere Zahlen zeigen, dass mit steigendem Alter das Sachwissen und Beteiligungserfahrungen zunehmen. Sie zeigen aber auch, dass andere Kompetenzen stagnieren und sich mit zunehmendem Alter sogar die Zustimmung zu Vereinfachungen stärker ausbreitet. Dies ist für uns kein Zufall, sind doch die Ressourcen für Politische Bildung nach dem 30. Lebensjahr übersichtlich. Zwar erreichen die Einrichtungen der Erwachsenenbildung sehr viele verschiedene Personen, aber das Zeitausmaß dieser Kontakt ist übersichtlich. Wie kann die Politische Fortbildung nach Ende von Schule und Universität ausgebaut werden?

Unsere Zahlen zeigen, dass es in Salzburg relevante Bemühungen zur Politischen Bildung für MigrantInnen gibt. Es zeigt aber auch, dass ZuwanderInnen nach Ende der Schulpflicht einen beinahe uneinholbaren zeitlichen Rückstand an Politischer Bildung haben. Bei den Maßnahmen stellten wir fest, dass vor allem Sprachkurse quantitativ eine massive Bedeutung haben. Wie kann die dort „nebenbei“ erfolgende Politische Bildung besser unterstützt und gesichert werden?

6. Literatur

ARGE Salzburger Erwachsenenbildung: Statistik 2014. Salzburg: Eigenverlag, 2015.

Baumgartner, Gerhard: Wagnis Demokratie. 30 Jahre Österreichische Gesellschaft für Politische Bildung. Hg. Von der ÖGPB. Wien: 2007.

Baumgartner, Rahel und Hakan Güres: Im Blickwinkel: Politische Erwachsenenbildung in Österreich. Für die ÖGPB Schwalbach: Wochenschau Verlag, 2015.

Brandmayr, Michael: Die verborgenen Mechanismen politischer Bildung: Zum Verhältnis von Struktur und Inhalt am Beispiel des Basiskonzepts macht. In: momentum Quarterly Vol. 4, No. 3, p 147-160.

BMB – Bundesministerium für Bildung: Politische Bildung in den Schulen. Grundsatzterlass zum Unterrichtsprinzip, 2015.

Bundesgesetz vom 21. März 1973 über die Förderung der Erwachsenenbildung und des Volksbüchereiwesens aus Bundesmitteln.

Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres : Lernunterlage zum Werte und Orientierungskurs. Mein Leben in Österreich. Chancen und Regeln, 2016.

Bundesministerium für Bildung: Lehrplanbestimmungen für Deutsch als Zweitsprache (DaZ). Fachlehrpläne für den muttersprachlichen Unterricht. Unterrichtsprinzip „Interkulturelles Lernen“, 2016.

Detjen, Joachim: Politische Bildung. Geschichte und Gegenwart in Deutschland. Oldenburg/München, 2013.

Europarat: Europarats-Charta zur Politischen Bildung und Menschenrechtsbildung. Empfehlung CM/Rec(2010)7 des Ministerkomitees des Europarats an die Mitgliedstaaten (verabschiedet vom Ministerkomitee am 11. Mai 2010 anlässlich der 120. Versammlung), Strassburg, 2010.

Ginzinger, Julia: Volksschule - ein Ort für nachhaltiges Demokratie-Lernen im Kontext der Partizipation. Masterarbeit FH Salzburg, Puch bei Salzburg, 2015.

Hämmerle, Kathrin; Sandner, Günther; Sickinger, Hubert (Hg.). Politische Bildung in der Perspektive von Lehramtsstudierenden, 2008, S. 357 – 372.

Hellmuth, Thomas; Klepp, Cornelia: Politische Bildung. Wien: Böhlau, 2010.

IGPB: Positionspapier zur außerschulischen politische Bildung in Österreich. Wien, 2012.

Henkenborg, Peter: Demokratie-Lernen – eine Philosophie der Politischen Bildung, 2008, S. 277-291.

Krammer, Reinhard: Kompetenzorientierte Politische Bildung, herausgegeben vom Forum Politische Bildung. Informationen zur Politischen Bildung Bd. 29, Innsbruck–Bozen–Wien 2008, S.5-14.

Landesstatistik (2017): Qualifikations-Screening von Asylwerbenden in der Grundversorgung des Landes Salzburg 2016. Salzburg, 2017

Larcher, Elke; Zandonella, Martina: Politische BildnerInnen 2014. Politische Bildung in Volksschulen und Schulen der Sekundarstufe 1 in Wien. Wien: SORA Forschungsbericht, 2014.

Mittnik, Philipp (Hg.): Politische Bildung in der Volksschule. Praxisbeispiele zum frühen politischen Lernen. Wien.

Neubacher, Stella: Volksschule – Ein Ort für nachhaltiges Demokratie-Lernen im Kontext der Partizipation, Masterarbeit FH Salzburg, Puch bei Salzburg, 2015.

Salzburger Bildungswerk: Tätigkeitsbericht 2016. Salzburg, 2017.

Schiele, Siegfried: Populismus, Extremismus und der Beutelsbacher Konsens – Möglichkeiten und Grenzen der Politischen Bildung, in: Diendorfer, Gertraud; Sandner, Günther; Turek, Elisabeth (Hrsg.): Populismus – Gleichheit – Differenz. Herausforderungen für die Politische Bildung. Wochenschau Verlag. Schwalbach, 2017. S. 40-49.

SchOG - Bundesgesetz vom 25. Juli 1962 über die Schulorganisation (Schulorganisationsgesetz).

Statistik Austria 2017 Schulstatistik:

https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bildung_und_kultur/formales_bildungswesen/schulen_schulbesuch/index.html

Aufgerufen am 30.08.2017

Bundesgesetz vom 21. März 1973 über die Förderung der Erwachsenenbildung und des Volksbüchereiwesens aus Bundesmitteln

Verein Salzburger Erwachsenenbildung: Salzburg: Weiterbildung 2018. Salzburg, 2013.

Website FH Salzburg: www.fh-salzburg.ac.at

Aufgerufen am 29.10.2017

Website Gendup: www.uni-salzburg.at/index.php?id=43

Aufgerufen am 20.09.2017

Website Eurydice:

http://eacea.ec.europa.eu/education/eurydice/index_en.php

Aufgerufen am 27.10.2017

Website Land Salzburg/Jugendlandtag:

www.salzburg.gv.at/pol/landtag/jugendlandtag

Aufgerufen am 01.06.2017

Website des Lungauer Frauennetzwerkes:

www.lungauerfrauennetzwerk.at

Aufgerufen am: 05.05. 2017

Website Österreichischer Integrationsfonds:

www.integrationsfonds.at/kurse/werte-und-orientierungskurse/vertiefungskurse/

Aufgerufen am 25.5. 2017

Website Österreichischer Integrationsfonds/Jahresbericht:

www.integrationsfonds.at/fileadmin/content/AT/Fotos/Publikationen/Jah

resberichte/Jahresbericht_2016_Ansicht.pdf

Aufgerufen am: 06.06.2017

Website PH Salzburg: www.phsalzburg.at

Aufgerufen am 20.09.2017

Website Universität Salzburg: www.uni-salzburg.at/index.php?id=52

Aufgerufen am 21.09.2017

Website Verein Viele: www.verein-viele.at/wir-uber-uns

Aufgerufen am 8.6. 2017